

# Neuer Vorwärts

## Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 63 SONNTAG, 26. August 1934

Aus dem Inhalt:

Hinter den Kulissen  
Massenfabrikation  
von Ja-Stimmen  
Der Krieg des Pontius Pilatus  
J. van Looi über Deutschland

Verlag: Karlsbad, Haus „Graphia“ — Preise und Bezugsbedingungen siehe Beiblatt letzte Seite

# Versöhnung mit Hitler?!

### Sozialdemokratische Parole: Kampf auf Leben und Tod!

Seit dem 19. August kann der Tyrann nicht mehr schlafen.

Noch am 13. brüllte sein Göbbels: »Keine Stimme darf verloren gehen!« Aber verloren gingen zwei Millionen Stimmen.

Noch am 19. brachte »Der Deutsche« die Balkenüberschrift: »Nur Lumpen stimmen nicht für Hitler«, und schrieb dazu:

»Gestern abend war unser Volk einig. Niemand zweifelt daran, daß diese Einigkeit durch ein 40- und mehr millionenfaches Ja feierlich dokumentiert wird.«

Als aber die Nacht da war, konstatierte der Reichswahlleiter — trotz aller unterwegs begangenen Fälschungen — mit zitternder Stimme 5 Millionen »Lumpen«, und von den aller mindestens erwarteten 40 Millionen fehlten zwei.

Seitdem kann der Tyrann nicht mehr schlafen. Er weiß, daß er mindestens 5 Millionen Gegner hat. Gegner? Nein! Todfeinde!

Wer in einem zivilisierten Staat gegen die Regierung stimmt, tut es, weil er anderer Meinung ist. Wer in Deutschland gegen Hitler stimmt, der tut es, weil er ihn aus dem tiefsten Grund seiner Seele haßt und ihm den Tod wünscht.

»Eine Rotte Menschen, nicht wert, den Namen Deutsche zu tragen, ... Mögen sie den Staub Deutschlands von ihren Pantoffeln schütteln«, sagte Wilhelm II. Am 19. August las man im »Völkischen Beobachter«:

»Es gibt Leute, die sind geistig längst emigriert, obgleich sie leiblich noch hier in Deutschland Wohnrecht genießen und mit wachsender Frechheit die deutsche Gutmütigkeit ausnützen. Leiblich sind sie in Berlin,

geistig wohnen sie in Prag.

Sie sind ungewinnbar, keine Großmut (!) versöhnt sie. In jedem anderen Lande der Welt (!!) wären sie schon im ersten Anlauf der nationalen Revolution

mit nassen Handtüchern erschlagen worden; bei uns dürfen sie, als wären sie nicht gefährliche Schädlinge, leben.«

Der »Völkische Beobachter« irrt. Die Leute, die er leiblich in Prag vermutet, sind — zum mindestens geistig — immer in Deutschland. Die fünf Millionen, die nach seiner Meinung »für Prag« stimmten, die, wie er sagt, »während der Schlacht zum Feind übergegangen sind« haben in Wirklichkeit für Deutschland gestimmt, sie haben in einer Zeit tiefster nationaler Schande Deutschlands Ehre vor der Welt gerettet. Angenommen aber, der »Völkische Beobachter« hätte recht: Fünf Millionen »während der Schlacht zum Feind übergegangen« — welche Aussichten für den nächsten Weltkrieg!

Der »Völkische Beobachter« irrt auch, wenn er die ganzen fünf Millionen auf Konto Prag stellt. Wir sind nicht so unbescheiden. Wir wissen, daß unter den Neinsagern auch Katholiken sind und Kommunisten...

Und Deutschnationale!

Der Tyrann kann nicht mehr schlafen. Er wälzt Pläne, die wie alles, was er wälzt, »geniale« sind. Er will, so munkelt man,

unter anderem auch die Arbeiter versöhnen und ihnen zuliebe mit der »Deutschen Arbeitsfront« verfahren, wie der Reichswehr zuliebe mit der SA verfahren worden ist. Mit Ley und seinen Brüderchen soll — möglichst unblutig, weil die Außenpolitik nicht noch mehr Blutgeruch verträgt — 30. Juni gespielt werden. So berichtet die Auslandspresse.

Danach soll, so berichtet die Presse weiter, irgend ein Gewerkschafts-Blomberg in Erscheinung treten, die soldatische Entschlossenheit des Führers preisen und ihm Treue geloben.

Eine Schmierkomödie soll aufgeführt werden, noch eine zu den ungezählten seit dem 30. Januar 1933! Der Hauptkomödiant steht bereit. Man sucht den Partner, sucht Statisten. Wird man sie finden?

Die totale Despotie zwingt Journalisten, Artikel, die sie nicht geschrieben haben und die sie nie schreiben würden, weil sie ihrer Gesinnung widersprechen, mit ihrem Namen zu unterzeichnen. Unter den Aufrufen für Hitler standen dutzendweise Namen von Persönlichkeiten, die zuvor gar

nicht gefragt worden waren. Die totale Despotie kann ihre Untertanen aushungern, einsperren, halb oder ganz totschiessen lassen, wie es ihr beliebt. Warum soll sich da nicht auch eine Ergebnissadresse mit zweckentsprechenden Unterschriften für den geliebten Führer fabrizieren lassen?

Genialer Gedanke!

Mag der größte Schmierkomödiant aller Zeiten diesen Gedanken für genial halten — was dabei herauskommen kann, wird doch wieder nur Schmierkomödie sein, Betrug, Erpressung, Vergewaltigung — im äußersten Falle Tragödie einiger mürrische gewordener armen Teufel. Die fünf Millionen, die den bisherigen Schwindel durchschaut haben, werden sich durch den allerneuesten auch nicht täuschen lassen. Sie werden, mit Recht, einen jeden, der sich mit Hitler gemein macht, als einen erbärmlichen Verräter betrachten und über ihn zur Tagesordnung übergehen.

Nur kein Mißverständnis! Wer auch nur im entferntesten an die Möglichkeit

denkt, sich mit Hitler und seinem System zu versöhnen, der hat nicht nur aufgehört Sozialdemokrat zu sein, der ist in Wirklichkeit noch nie einer gewesen! Denn wer jemals ein echter Sozialdemokrat war, dem sind die Grundsätze der Menschlichkeit, der Freiheit, der sozialen Gerechtigkeit so tief ins Herz geprägt, daß er gegenüber der Hitlerei keine anderen Gefühle kennen kann als Verachtung, Ekel, Abscheu und unversöhnlichen Haß. Ein einzelner gewesener Sozialdemokrat kann vielleicht knieweich werden, zusammenbrechen, verdienter Verachtung verfallen — die Sozialdemokratie ist und bleibt — wie keine andere Partei oder Gruppe — der totale Gegensatz zu allem, was Drittes Reich heißt.

Hitler hat den Marxismus vernichten wollen. Das ist ihm nicht gelungen. Jetzt führt der Marxismus den Kampf um seine Vernichtung. Wer spricht von Versöhnung? Kampf um Sein oder Nichtsein! Kampf auf Leben und Tod!

## Göbbels, Quandt & Co.

### Oder: Oerlikon bezahlt alles

Aus der Schweiz wird uns geschrieben: Als am 30. Juni Hitler gegen Röhm und Genossen seine Anklage wegen Korruption, Verschwendung und Bestechlichkeit erhob, da war es Josef Göbbels, der ihn dabei am stärksten unterstützte. Wie es aber mit seiner eigenen Sauberkeit bestellt ist, zeigen die folgenden Tatsachen:

Kurz nach seiner Ernennung zum Reichspropagandaminister wurde die Öffentlichkeit mit der Mitteilung überrascht, daß der frühere Mann der Frau Göbbels, der Großindustrielle Günther Quandt, verhaftet worden sei. Bald stellte sich heraus, daß die Verhaftung von Göbbels veranlaßt worden war und den Vorwurf der Vermögensverschiebung als Ursache hatte. Eingeweihte behaupten, daß der wahre Grund darin bestanden habe,

Quandt zu zwingen, eine noch ausstehende Mitgift von 300.000 Reichsmark für die Frau von Göbbels herauszugeben. Als dies nach der Verhaftung geschah, kam Quandt wieder frei. Der Vorwurf der Verschiebung von Vermögenswerten nach dem Ausland war mit einem Male hinfällig geworden. Zwischen den beiden Ehegatten der Frau Göbbels herrschte nun mit einem Male wieder eitel Harmonie. Sie ging sogar soweit, daß Göbbels im März 1934 mit seiner Frau und deren früherem Mann in einem der feudalsten Hotels des Schweizer Winterkurortes St. Moritz Aufenthalt nahm. Weder Deutschlands Not an Devisen, noch der Hunger der SA oder die Rücksicht auf Winterhilfe und dergleichen kümmerten Göbbels.

Diese Reise nach dem vornehmen Schweizer Winterkurort aber hatte nicht nur der Erholung gedient, sondern auch geschäftlichen Zwecken, die Göbbels und Quandt verbanden. Bei dem Vorwurf, der 1933 Günther Quandt gemacht wurde, handelte es sich um den Besitz eines großen Aktienpaketes der Schweizer Akkumulatorenfabrik Oerlikon, das von Quandt, der in Deutschland Hauptaktionär der Akkumulatorenfabrik Berlin-Hagen ist, erworben wurde. Welche hilfreichen Dienste Göbbels dem Quandt bei der Verschiebung dieser großen Werte geleistet haben muß, geht aber auch daraus hervor, daß Herr Göbbels nicht daran gedacht hat, seine Hotelrechnung in St. Moritz selbst zu bezahlen. Er hat zwar als Reichsminister, als Reichstagsabgeordneter und aus anderen Funktionen ein Einkommen, das mindestens 50.000 Mark jährlich beträgt, aber zur Bezahlung einer Hotelrechnung scheint es immer noch nicht zu langen.

Göbbels und Quandt erklärten im Hotel, ihre Rechnungen würden von der Akkumulatorenfabrik Oerlikon bezahlt werden.

Die Hotelleitung war zwar über diese Erklärung sehr erstaunt, sie legte aber dem Werke die Rechnungen vor, die auf besondere Anweisung des Direktors Rühl bezahlt wurden. Man ließ dabei zwar erkennen, daß es sehr eigentümlich ist,

daß ein deutscher Minister sich seine Hotelrechnung von einem Schweizer Werk bezahlen läßt,

aber was tut ein Betriebsdirektor nicht alles, um es mit dem Hauptaktionär nicht zu verderben. Eine Rückzahlung oder Verrechnung dieses Betrages ist bisher nicht erfolgt.

Hitler hat mehrfach erklärt, er sei für absolute Sauberkeit. Er hat Gelegenheit, im Falle Göbbels diesen Beweis zu liefern.

## Massenfabrikation von Ja-Stimmen

Aus Sachsen wird uns berichtet: In verschiedenen Orten des ehemaligen »roten Königreichs« hat man übereinstimmend eine Massenfabrikation falscher Ja-Stimmen beobachten können, die überall in der gleichen Weise vor sich ging. Viele Wähler hatten ihre Zettel unbeschrieben abgegeben, weil sie sich beobachtet fühlten und das Nein nicht anzukreuzen wagten. In all diesen Fällen machten die Wahlvorsteher selber ein Kreuz zum Ja — mit der Begründung, daß der Wähler wohl seinen Zettel anzukreuzen »vergessen« hätte.

Solche und ähnliche Schwindeleien sind allgemein bekannt. Aber niemand wagt, über sie zu reden!

### Dachau in Deutschland voran!

1572 Ja — 8 Nein.

Wert und Bedeutung des Plebiszits vom

19. August wird durch nichts besser beleuchtet als durch das Abstimmungsergebnis von Dachau.

Bei der »freien und geheimen Abstimmung« in diesem berühmtesten deutschen Konzentrationslager wurden 1590 Zettel abgegeben. Davon lauteten 1572 auf Ja, 8 auf Nein, 10 waren ungültig.

Während es sogar in der Pfalz immer noch 3 Prozent Neinstimmen gab, in Ostpreußen 4 Prozent, — von Hamburg mit seinen 26 Prozent, Berlin und Köln mit ihren 22 Prozent nicht zu reden — gab es in Dachau nur 0,5 Prozent Neinstimmen!

Bedarf es noch vieler Worte? Dachau mit seinem mustergültigen Ergebnis ist Kern und Krone der »veredelten Demokratie«. Wollt Ihr sehen, wie Deutschland seinen Führer liebt — blickt auf Dachau!

# Hinter den Kulissen

**Ein »Wähler« berichtet — Die Jagd nach dem Stimmschein — Plakatverblödung — Spalier durch SA-Kohorten in allen Wahllokalen — Katerstimmung am Tage darauf**

Ein reichsdeutscher Parteigenosse, der noch am 19. August in Deutschland, in der Nähe Berlins, sein Stimmrecht ausübte, berichtet uns nach seiner Ankunft in Prag:

Prag, 21. August.

Am Freitag dem 17. August, zwei Tage vorher also, begann es mit der mit Recht so beliebten allgemeinen Flaggerel... Wenn jemand zwei Tage vorher bereits ganz genau weiß, daß er die Schlacht, in diesem Falle die Wahlschlacht gewinnen wird und also die Siegeswimpel schon achtundvierzig Stunden vor der Entscheidung hält, so kann über die »Wahl«-Methode nicht der geringste Zweifel herrschen. Der Terror erlaubt es, die Gesinnung eines jeden Menschen zu beliebiger Stunde vor dem Fälligkeitstermin zu eskompieren. Flaggen in Hitler-Deutschland — das allein bedeutet schon einen wohlorganisierten Gesinnungsdruck in Dorf und Stadt.

**Wer nicht flaggt, ist Staatsfeind.**

Er fliegt aus der Arbeit. Er kommt auf die schwarze Liste der Boykottierten. Ihm winkt die »Erziehung im Konzentrationslager«. Die SA und SS macht Straßenpatrouillen und Häusererhebungen treppauf, treppab. Heraus mit den Lappen! Wehe, wer sich ausschließt. Die Tapferen lassen schwarzweißrot ohne Zutat. Die Schlaunen halten es mit der Doppelbeflaggung; das ist noch das Gescheiteste nach der einen und der anderen Seite hin...

Das heißt: angefangen hatte es in Deutschland mit der Volksabstimmung in aller Heimlichkeit schon längst vorher. Nämlich es begann auf einmal, kaum daß der Abstimmungstermin endgültig feststand, eine ganz merkwürdige Jagd nach dem Stimmschein, gerade auch solcher geruhensamen Bürger, die sonst nie in ihrem Leben anderswohin als bis zum Nachbardorf gelangen und bisher die Einrichtung, auch außerhalb des Wohnortes abstimmen zu können, nur vom Hörensagen kannten.

Die Reichsregierung hat zwar öffentlich so getan, als sei dieser Drang nach dem Stimmschein ganz natürlich gewesen, weil ja die »Wahl« in die Reise- und Ferienzeiten fiel... Aber wie viele Leute fahren heute noch in Deutschland, wie sonst, in die Ferien? Die verwalteten Kurorte können davon ein Liedchen singen. Warum also dieser Massensturm? Der Schreiber dieser Zeilen wohnte bisher in einer kleinen sächsischen Gemeinde. Von den rund dreihundert Bewohnern des Dorfes, Bauern, Arbeitern, kleinen Angestellten, dürfte sich kein halbes Dutzend auswärts »in den Ferien« aufhalten oder auch nur die Absicht gehabt haben, gerade am 19. August den Globetrotter zu spielen. Dennoch! Als der Schreiber am Donnerstag vor der Wahl zum Gemeindevorstand kam, um Stimmscheine für sich und seine Frau zu fordern, kratzte der Mann sich »orgenvoll hinterm Ohr:

**»Das ganze Dorf will Stimmschein. Ich habe keine Formulare mehr.«**

Sicher ist: Wer einen Stimmschein zum 19. August verlangt hat, hat das, mit den geringsten Ausnahmen wirklichen Reisebedürfnisses, getan, weil er glaubte, so dem Terror der Abstimmung leichter entgegen zu können! Entweder glaubte er, sich überhaupt von der Abstimmung zu drücken, um nicht »Ja« zu einem verhassten System des Betruges und der schlechten Instinkte sagen zu müssen, oder aber dort, wo man ihn persönlich nicht kennt, leichter sein »Nein« in die Urne werfen zu können. Ebenso schlaun wie diese Millionen von Stimmscheinphilosophen war freilich auch wieder die Regierung. Als sie das höchst merk- und denkwürdige Schauspiel dieses Ansturms auf den befreienden Zettel durchschaut hatte, war zwei Tage vor der Wahl durch Radio und Presse bekannt gegeben, die Verfügung bei allen Gemeindefürsorgern da, daß die abgegebenen Stimmscheine sofort einzeln an die Heimatgemeinden weiterzuleiten seien, so daß also die Kontrolle, ob und vielleicht auch wie gewählt worden war, nun erst recht gegeben war.

Ja, es war eine Lust sich zu entscheiden, an jenem denkwürdigen 19. August... Welcher Zauber der Plakate!

»1,5 Millionen Kilometer hat der Führer im Kampf um Deutschland im Flugzeug, im Auto, in der Eisenbahn zurückge-

legt. Und Du, deutscher Volksgenosse, willst nicht einmal die hundert Schritte zum nächsten Wahllokal zurücklegen?« Wer kann bei solcher Logik widerstehen? Welcher Jungfrau entflößen nicht die Tränen der Rührung?

Abstimmungstag! Es gab kein Wahllokal in Deutschland, das nicht von SA und SS förmlich belagert war von draußen und von drinnen. In vollem Kriegsschmuck saßen die Herren am Tisch des Wahlvorstandes, die Ehrenrolle des Herrn Röhm selb neben dem Tintenfaß. Wer zur Wahlzelle ging, mußte an singenden, Karten spielenden, qualmenden, wurstverzehrenden Uniformierten sich vorbeidrücken. Wer nicht mit lautem »Heil Hitler« eingetreten war, konnte sicher sein, von sehr mißtrauischen Augen zumeist in Gesichtern, denen man ansah, wie viele Jahre Zuchthaus oder Erziehungsanstalt die Träger wegen schwerer Körperverletzung oder Diebstahls im Rückfall eigentlich verdient hätten, gemustert zu werden. Wie vielen Hunderttausenden, die mit dem besten

Willen, innerlich anständig zu bleiben und zu verneinen, mag bei diesem provokant gespielten Terrorstück die Courage in letzter Minute wieder ausgegangen sein! Wie viele mögen, nur unter dem augenfälligen, deprimierenden Eindruck dieser Kasernenwahl

mit zitternder Hand dennoch ihr »Ja« gegen bestes Wissen und anderen Vorsatz gemalt haben? Freilich, als dann am Sonntagabend die ersten Abstimmungsergebnisse da waren und als man sah, wie viele Millionen Tapferer es dennoch in Hitler-Deutschland gibt, mag alle diese Millionen im letzten Augenblick Verängstigter so etwas wie Reue und wie Scham beschlichen haben. »So schlimm war es also nicht...« Und nun merkt man die berechnete Schadenfreude auf jedem dritten Gesicht in Deutschland: »Na, da werden sie ja viel zu suchen haben, wenn sie im einzelnen jetzt noch herauskriegen wollen, wer alles »Nein« gesagt hat. Stummer Vorsatz bei Millionen: Das nächste Mal wirds besser gemacht!«

## Auslandsjournalisten in Deutschland

Ein Blick zurück auf ein Land voll Tränen

Von L. J. van Lool.

Genosse van Lool, langjähriger Korrespondent der holländischen sozialistischen »Arbeiderspers«, vor kurzem aus Deutschland ausgewiesen, veröffentlicht in seinen Blättern folgende rückblickende Betrachtung:

Es war am frühen Morgen, als ich Deutschland verließ, das Land der braunen Herden, der geistigen und körperlichen Unterdrückung, das Land voll Tränen und Schmerzen, aber auch das Land der nicht wankenden Treue zu dem sozialistischen Ideal, das Land, wo Tausende von Männern und Frauen trotz allem die unbefleckte Fahne des Proletariats bewahren und das heilige Feuer des Sozialismus in sich brennend erhalten.

Die Begrüßung in Holland war eine rotweiß-blaue Flagge, die — ich weiß nicht aus welchem Grunde — irgendwo an der Grenze auf einem kleinen Hause flatterte. Die Flagge war nach all den Hakenkreuzlappen, die ich in den letzten achtzehn Monaten in Deutschland anschauen mußte, eine herzliche Erquickung. Sie mahnte mich an die Verbundenheit mit meinem Land und seinen Sitten, um so mehr, da ich als freier Holländer, Bürger eines Landes der traditionellen geistigen Freiheit, bis dahin genötigt gewesen war, in der menschenentehrenden Sphäre des Nationalsozialismus zu leben.

Die Geheime Staatspolizei Hitlers und Görings hat meinem Bleiben in Deutschland ein Ende gemacht. Für mich ist es eine Ehre, für meine Familie ist es eine Beruhigung, daß der Nationalsozialismus mich aus seiner Gewaltphäre entfernt hat — für ihn selbst ist es die beste Charakterisierung: Mit mir verschwindet der letzte sozialdemokratische Korrespondent aus Deutschland — die übrigen waren bereits früher vor den Drohungen und dem Druck der Sturmtruppen aus dem Lande gewichen. Die Nazi-Finsternisse vertragen die Beleuchtung durch einen sozialistischen Journalisten nicht. Sie wissen warum!

Die Arbeit eines Korrespondenten in Hitlerdeutschland ist nicht einfach. Rein technisch gesehen ist sie für einen sozialistischen Korrespondenten leichter als für einen Redakteur bürgerlicher Zeitungen. Der sozialistische Redakteur wird von seiner Organisation getragen, wird gestützt durch seine Zeitung. Er kann, soweit das von seinem Verleger und seiner Chefredaktion abhängt, die Wahrheit schreiben.

Der bürgerliche Redakteur muß bei seinen Berichten dem Wunsch seiner Redaktion Rechnung tragen, daß er in Berlin bleibt.

Er muß lavieren und muß ab zu versuchen, den Nazis eine Blume an den Hut zu stecken, wo das, ohne ein Gefühl des Abscheus bei seinem Leser zu erwecken, geschehen kann. Ich brauchte das nicht zu tun — ich hatte das Recht und die Pflicht, die Feinde der

Arbeiterklasse so erscheinen zu lassen wie sie sind: als Feinde der Menschheit. Wo und so oft das möglich war, habe ich mich an diese Pflicht gehalten, doch auch ich hatte nur beschränkte Möglichkeiten.

Das stärkste Hindernis war die Unterdrückung der freien Meinungsäußerung in Deutschland, eine Unterdrückung, die viel weiter geht als es sich die Einwohner eines freien Staates mit der größten Phantasie denken können.

Der Deutsche, der einem ausländischen Journalisten Einsicht gibt in Dinge, die der deutschen Regierung unangenehm sind, riskiert sein Leben.

Wer die Wahrheit erzählt, wenn sein Nachbar dabei ist, läuft Gefahr, morgen in ein Konzentrationslager gebracht zu werden oder jahrelang in ein Zuchthaus eingeschlossen zu werden.

Die zweite Beschränkung, die einem ausländischen Journalisten in Deutschland auferlegt ist, ist die der persönlichen Gefahr.

Auch dem ausländischen Journalisten droht Gefängnis und Mißhandlung.

Drei Tage vor meiner Ausweisung kam mein Kollege Hemberger frei. Vier Tage ist er »abhandelt« gewesen. Die Gestapo hatte ihn arretiert, weil er in seinem Blatte, der »Prager Presse«, Artikel veröffentlicht hatte, die von einem »besonderen Korrespondenten« kamen. Mit Hilfe des tschechoslowakischen Gesandten konnte man ihn aus den Händen der Gestapo befreien. Es ist mir unbekannt, ob ihm das Los eines anderen Kollegen erspart geblieben ist, der in dem SS-Gefängnis Columbiahaus

nackt in einem Gang hin- und hergejagt worden ist, wobei an den beiden Enden einige SS-Leute standen, die ihn immer wieder in die andere Richtung stießen. Was mit dem türkischen Journalisten geschehen ist, der monatelang in einer Zelle des Polizeipräsidiums gesessen hat, ohne daß jemand sich um ihn kümmerte, weiß ich nicht...

Diese Schwierigkeiten sind es, die bewirken, daß vieles in der Feder bleibt, was unter normalen Umständen veröffentlicht werden würde. Jeder Journalist weiß z. B. ziemlich genau, mit welcher Energie an der Aufrüstung gearbeitet wird, wie die Fabriken in drei Schichten arbeiten, wie die Flugzeuge in Serien gebaut werden und Flugplätze wie mit einem Pfefferstreuer über Deutschland geschüttet werden. Sie schreiben nur nicht darüber, können nichts darüber schreiben, wenn es ihnen nicht so ergehen soll wie

Fembroke Stephens, dessen Frau mit dem Tode bedroht wurde, derweil er selbst in einem Loch festgehalten wurde.

Der wirkliche Zustand Deutschlands hat im Ausland noch nie richtig beschrieben werden können. Auch mit dem größten Mut hält es ein Journalist meist nicht länger als eine Woche aus. Und wenn er ausharrt, bringt er nicht nur sich selbst leicht ins Zuchthaus, er

zieht auch seine deutschen Informatoren mit hinein.

Wenn es mir dennoch gegliückt ist, über Tun und Treiben in Hitlerdeutschland Bericht zu geben, so

danke ich das in erster Linie den Männern und Frauen, die die Wahrheit und den Sozialismus höher stellen als ihr Leben,

die in Nacht und Nebel mich zu finden wußten, den Mann der »Arbeiderspers«, die auch ihre Presse ist. Daß ich diese Frauen und Männer, diese Deutschen, die dafür sorgen, daß das Wort »Deutsche« in der Welt nicht ganz und gar dem Abscheu verfällt, verlassen mußte, ist mir schmerzlich. Ich erkläre von dieser Stelle aus im Namen von Millionen Deutschen, die sich dagegen wehren, mit den Nazis auf eine Stufe gestellt zu werden: »Verachtet die Nazis — aber vergeßt nicht, daß im Dritten Reich Millionen leben, die das mit noch mehr Recht und mit noch mehr Leidenschaft tun als ihr! Deutschland wird aus dieser Raserel den Weg zur Zivilisation zurückfinden!«

Mein Werk in Berlin ist unterbrochen. Die Möglichkeit von dort zu wirken ist mir genommen. Was man mir nicht nehmen kann, ist das Wissen, mitgeholfen zu haben, den Haß gegen den Faschismus in die Herzen zu pflanzen. Diesen Haß und dieses Wissen will ich ungebrochen weiter in den Dienst der Arbeiterbewegung stellen — ohne daß ich mich fortan täglich durch allerlei Kunststücke fremmachen muß von den schlechten Gestapo-Bürokraten, die meine Wohnung bespitzeln und die in den Cafés von nebenan stehenden Tischen Bruchstücke meiner Gespräche aufzufangen suchten, um ihren Judaslohn zu verdienen.

## Mitarbeit abgelehnt — 3 Jahre Zuchthaus!

Justiz der »veredelten Demokratie«.

Mehrere Kommunisten hatten sich vor dem Sondergericht in Merseburg zu verantworten. Ihnen wurde der »Versuch einer Neugründung einer Partei« zum Vorwurf gemacht. Die Angeklagten wurden zu Zuchthausstrafen zwischen 2 und 3 Jahren verurteilt. Ein Angeklagter hatte die Aufforderung zur illegalen Mitarbeit abgelehnt. Er erhielt 3 Jahre Zuchthaus, weil »es seine Pflicht gewesen wäre, der Polizei von dieser Aufforderung sofort Kenntnis zu geben.«

Unter der Überschrift »Teurer Briefwechsel« meldet die »Baseler Nationalzeitung«:

»Die Frau des erschossenen Ministerpräsidenten Kurt Eisner unterhielt nach ihrem Wegzug von Peterzell i. Schwarzwald nach der Schweiz regen Briefwechsel mit dem 32jährigen Johann Barry aus St. Georgen, der die Briefe wieder beantwortete. Da der Angeklagte zwei dieser Briefe zum Lesen weitergab, wurde er vom Badischen Sondergericht zu Mannheim zu einer Gefängnisstrafe von acht Monaten verurteilt.«

Aus Schneidemühl wird uns berichtet: Ein Arbeiter, den man zwang, den Deutschen Gruß zu gebrauchen, sagte dazu nicht »Heil Hitler«, sondern »Heil Deutschland«. Er wurde deshalb wegen Beleidigung des Führers zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. — Ein anderer Arbeiter, der sich kritisch über die hohen Einnahmen des Reichspropagandaministers Göbbels äußerte, erhielt eine Gefängnisstrafe von 5 Monaten. Ein dritter Arbeiter, der gesagt hatte, daß die außenpolitische Situation Deutschlands nicht günstig sei, wurde zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

In Broitzem wurde der Arbeiter Gustav Aiter vom Schnellrichter zu vier Monaten Gefängnis verurteilt, weil er sich eine Rundfunkrede des »Führers« nicht anhören wollte.

## Massengeflüster um Ley

Mittellung des Presse- und Propagandaamts der »Deutschen Arbeitsfront«:

»Ueber den Stabsleiter der P. O. und Führer der DAF, Dr. Ley, sind seit einiger Zeit die unsinnigsten Gerüchte im Umlauf... Während der letzten Tage haben diese Gerüchte an einzelnen Stellen des Reiches ein Ausmaß angenommen, daß es schon in Anbetracht der Volksbefragung am 19. August notwendig wurde, eine so weitgehende Irreführung der öffentlichen Meinung zu unterbinden. Es mußten eine Reihe von Personen, die böswillig oder leichtsinnig solche Gerüchte weiter mitgeteilt haben, festgenommen werden.«

Ob die gefüllten Gefängniszellen den Säuf-fer und Verschwender wieder nüchtern und redlich machen werden?!

## Westeuropa und das Plebiszit

V. Sch. Paris, Ende August.

Die französische und diesmal auffallenderweise in noch stärkerem Maße die englische Öffentlichkeit war von vornherein fest entschlossen, dem Abstimmungsergebnis vom 19. August keinerlei Bedeutung beizumessen. Schon daran läßt sich der schwere Rückschlag ermessen, den das Ansehen Hitlers und seines Dritten Reiches in den letzten Monaten in den westeuropäischen Kulturländern erlitten hat. Im November gab es in Paris und noch mehr in London ernsthaftige Stimmen, die die amtlichen Ziffern des ersten Plebiszites für durchaus beachtenswert erklärten. Nur die entschiedenen Linksblätter betonten schon damals, daß all das nur Schwindel und Terror, während andere Zeitungen zwar auch nicht völlig überzeugt, aber dennoch stark beeindruckt waren.

Seit dem 30. Juni und seit dem Juli-Ergebnissen in Wien hält man dagegen Hitler und Konsorten jeder Gewalttat für fähig. Dieser Umschwung ist offenbar noch stärker in England in Erscheinung getreten als anderswo, weil dort eben die Illusionen über den wahren Charakter des Nazi-Regimes in den führenden bürgerlichen und aristokratischen Schichten am stärksten verbreitet waren. So ist es zu erklären, daß die britische Presse noch deutlicher vielleicht als die französische im voraus betonte, daß das Plebiszit vom 19. August überhaupt nichts beweisen würde. Darüber bestand schließlich in den letzten Tagen vor dem 19. August eine Uebereinstimmung, die sich insbesondere in den witzigsten Karikaturen offenbarte.

Aber siehe da — bei Bekanntwerden der diesmaligen Ziffern hat die französische und die englische Presse durchaus nicht nach ihrem ursprünglichen Vorsatz gehandelt.

Die Verdoppelung der amtlich zugegebenen Oppositionsstimmen hat in Westeuropa einen ungeheuren Eindruck gemacht.

Viele Leute vermuten, daß nur ein Teil der Wahrheit zugegeben wird, man betont, daß jede Kontrolle bei den Zählungen in den untersten und in den obersten Instanzen gefehlt habe, sodaß alle Mutmaßungen gestattet seien; der direkte und indirekte Terror der sich bis zum Eingang des Lokals auf Schritt und Tritt bemerkbar machte, wird noch einmal ausführlich geschildert.

Aber umso größer ist das Erstaunen und vor allem die offene Bewunderung für die mehr als fünf Millionen Deutschen, die es unter solchen Umständen gewagt haben, dem neuen Gott das Opfer zu verweigern.

Zum ersten Male nach anderthalb Jahren beginnt die Welt wieder Achtung vor Deutschland zu haben, indem sie den Heroismus der Todfeinde Hitlers hervorhebt und bewundert. Das Wachsen der offenen Opposition wird als die Ueberraschung und das einzige entscheidende Merkmal dieses Plebiszits kommentiert.

Hitler hatte nun durch seinen Herold Göbbels unvorsichtigerweise verkünden lassen, daß er dieses Plebiszit in erster Linie aus außenpolitischen Gründen veranstalte. Offenbar hoffte er, Eindruck zu schinden und danach auch Kredite zu erhalten: „Seht! das ganze Deutschland steht hinter ihm — ihr müßt euch endlich damit abfinden und die Konsequenzen ziehen!“

Diesen Erfolg hätte er wahrscheinlich auch dann nicht erzielt, wenn er die Ziffern vom 12. November gehalten oder gar übertroffen hätte. Jetzt aber spricht man in der Welt weit mehr von den fünf Millionen, die Hitler nicht haben wollen, als von den 38 Millionen, die ihm angeblich folgen. Und die meisten Menschen fügen noch hinzu: „5 Millionen müssen zugegeben werden — wie viel waren es in Wahrheit? Wie viel werden es bei wirklich freien Wahlen gewesen sein? Wie viel werden es im nächsten Winter werden?“

### Fehlgriffe am 30. Juni

»Was liegt schon daran?« fragt Frick. »Was will es dann schon bedeuten, wenn eine Handvoll Verräter in berechtigter Staatsnotwehr niedergeschlagen werden mußte, wo es galt, durch blitzschnelles Handeln das Leben von Zehntausenden unschuldiger Volksgenossen zu retten? Dann spielt sogar die bedauerliche Tatsache keine entscheidende Rolle, wenn bei einer solchen Aktion hier und da Fehlgriffe vorgekommen sein sollten.«

So sprach laut Bericht des parteiamtlichen »Westdeutschen Beobachters« Reichsinnenminister Frick am 13. August in Köln. Mörder haben gute Zeiten, Menschenleben sind billig wie noch nie.

# Der 30. Juni und die Bischöfe

## Ein Schrei des Gewissens aus dem katholischen Lager

Größtes Aufsehen erregt in katholischen Kreisen der Schweiz eine im »Ligaverlag« Luzern erschienene Schrift: »St. Ambrosius und die deutschen Bischöfe von Stefan Kirchmann«.

»Kirchmann«, Mann der Kirche, erinnert die deutschen Bischöfe an das Beispiel des heiligen Ambrosius, der dem grausamen Kaiser Theodosius mutig entgegentrat. Aber sie? Der Mann der Kirche schreibt:

„Das Schweigen der Bischöfe ist vielleicht noch furchtbarer als alles andere, was am 30. Juni geschehen ist. Denn das Schweigen zerstört die letzte moralische Autorität in Deutschland, es trägt eine Unsicherheit in die Reihen der Gläubigen, es droht zu einer Entfremdung zwischen Bischöfen und dem Volk zu führen, dem dieses Schweigen nicht mehr begreiflich ist. Daher ist gerade der gläubige Katholik verpflichtet, die Bischöfe in aller Ehrfurcht vor ihrem Amt und ihrer geweihten Person zu bitten: »Sprecht, gerade weil das deutsche Volk und die deutschen Katholiken einer festen Führung und einer unzweideutigen Erinnerung an die unzerstörbaren Grundlagen aller gesellschaftlichen und völkischen Ordnung bedürfen!«

Es gibt Lagen, in denen das Schweigen gegen den Willen der Schweigenden als Zustimmung gedeutet und mißbraucht wird. Die Taten des 30. Juni sind nicht nur begangen, sondern auch als Ausdruck höchster Gerechtigkeit und des deutschen Rechtsempfindens gefeiert worden.

Das Volk kann nicht sprechen. Es darf sich nicht versammeln, und ihm ist alle Öffentlichkeit verschlossen. Die Öffentlichkeit bestimmen die Täter des 30. Juni. Daher weiß das Volk nicht, was alles geschehen ist. Es flüstert sich nur unbestimmte Nachrichten zu; es ahnt nur, welche Wirklichkeit sich hinter der farblosen Todesanzeige Klauseners birgt;

Bischof Bares von Berlin hat allerdings vor den Aschenresten des Ermordeten gestanden. Zwar konnte man in ausländischen Blättern — bezeichnenderweise nicht in Deutschland! — lesen, daß die Regierung sich bei ihm wegen des »Mißverständnisses« entschuldigt habe; aber schließlich ist die Exekution eines Mannes ohne Anklage auf einen summarischen Befehl hin mehr als ein »Mißverständnis«, das durch Entschuldigungen unter Ausschluß der Öffentlichkeit beseitigt werden kann. Es schreit nach einer öffentlichen Buße, nach einer öffentlichen Erklärung, die es vor aller Welt beim Namen nennt.«

Wir erfahren von Kirchmann, daß der frühere »Germania«-Redakteur Hagemann in einem vertraulichen Rundschreiben an die Schriftleiter früher katholischer Zeitungen erklärt hat: Die Bischöfe seien der Ansicht, daß es sich im Falle Klausener um »eine politische Angelegenheit« handelt und daß sie sich daher »heraushalten« würden. In demselben Brief Hagemanns wird die Ermordung des Mitarbeiters Pape, von Bose, leichtthin als »ein unprogrammäßiger Zwischenfall« bezeichnet. Soll das so weitergehen, fragt Kirchmann — und er antwortet:

Man endet wie der unglückselige Vizekanzler von Pape, der die Erschießung seiner Mitarbeiter Jung und von Bose nicht mit seinem Rücktritt beantworten darf — oder zu beantworten wagt. Denn er würde ja dadurch zeigen, daß seine bisherige Taktik ein Fehlgriff war, er bleibt und braucht dafür nicht im Reichstag zu erscheinen, darf sogar der Beerdigung eines seiner Mitarbeiter unter Ausschluß der Öffentlichkeit beiwohnen!

Soll das wahrlich nicht beneidenswerte Schicksal des Vizekanzlers mit der hingehaltenen Umgebung repräsentativ werden?

Wo bleibt der Hirtenbrief von Fulda?

Unmittelbar vor dem 30. Juni wurde berichtet, daß die Konkordatsverhandlungen gut ständen. Der mit Spannung erwartete Hirtenbrief der Fuldaer Bischofskonferenz wurde nicht verlesen, die Gläubiger erfuhren nicht, warum. Dazu bemerkt Kirchmann:

Wir wollen an dieser Stelle unerörtert lassen, welche Ursachen zu der seltsamen Erscheinung eines Hirtenbriefes deutscher Bischöfe geführt haben, der zwar im Auslande bekannt geworden ist, aber die einfachen deutschen Katholiken, für die er ja vor allem bestimmt war, nicht erreicht hat. Wir wollen also nicht untersuchen, ob dieser Hirtenbrief

freiwillig zurückgezogen worden ist, um den Stand der Verhandlungen nicht zu gefährden, oder ob er zurückgezogen worden ist, nachdem die Polizei ihn auf einem Ordinariat »gefunden« und seine Publikation von hoher Stelle aus als ein Konfliktfall bezeichnet worden war.

Die Knebelung der katholischen Presse.

Ueber die Knebelung der katholischen Presse erzählt Kirchmann geradezu Ungeheuerliches:

Wie schamlos der Gewissensdruck und die bewußte Irreführung des Volkes durch die Presse geworden ist — dafür nur ein Beispiel: Der Redakteur einer ehemals katholischen, dann zwangsweise nationalsozialistischen Zeitung, der es versuchte, noch hin und wieder einen christlichen Gedanken einzuflechten, wurde vor folgende geheime Forderung der Partelleiter gestellt:

1. Sie schreiben selber nichts mehr.
2. Sie drucken alles unverändert, was wir Ihnen zustellen.
3. Gewisse Ihnen bezeichnete Artikel, die Ihnen von uns zugestellt werden, haben Sie unter Ihrem eigenen Namen zu veröffentlichen.

Längst haben es alle gemerkt, daß der Presse jede Freiheit genommen ist. Im deutschen Volk gibt heute niemand mehr etwas auf die Tagespresse — nicht auf die nationalsozialistische, weil sie lügt — nicht auf die gleichgeschaltete, ehemals katholische, weil sie teils schweigen, teils lügen muß. Auch die vermeintlich österreichische kath. Wochenschrift »Schönere Zukunft« wird in Deutschland gedruckt und steht unter polizeilicher Vorzensur, so daß sie seit langem die katholischen Belange nicht mehr vertreten kann.

Bisher freuten sich die Katholiken über ihre unpolitischen Kirchenblätter, die ab und zu zu einzelnen Zwischenfällen sich mit erfrischender Deutlichkeit und offen trotz aller gelegentlichen Beschlagnahmen äußerten. Wird das nun anders werden? Auf Grund eines Gesetzes aus der Kulturkampfzeit Bismarcks — nötigenfalls geht man also auch juristisch gesichert vor — sind alle Kirchenblätter unter polizeilicher Vorzensur gestellt worden. Vorläufig weiß das Volk nichts von dieser Abmachung, die selbstverständlich sein Vertrauen in die Kirchenblätter erschüttern würde, aber die Polizei wird schon auf die Dauer nicht diskret sein, denn sie hat ja kein Interesse daran, das Ansehen der Kirchenblätter zu wahren.

Tolle Einzelfälle.

Ueber die Behandlung der Katholiken in Deutschland erzählt Kirchmann einige tolle Einzelfälle.

Anfang Juli fand eine Frauenwallfahrt nach einem bekannten Wallfahrtsort statt. Der Zug wurde vor der Kirche durch Hitlerjugend gestört, die mit lautem Gesang mitten durchstürmte. Ein Geistlicher stellte den Führer ruhig zur Rede, als Antwort schlug ihm dieser die Faust ins Gesicht.

Ein Student, der in ein Wehrlager eingezogen ist, besuchte dienstpflichtwidrig die Sonntagsmesse. Er wurde dafür

aus der Studentenschaft ausgeschlossen und mußte sein Studium aufgeben. Von dem Führer seines Verbandes, Träger eines in der Geschichte des deutschen Katholizismus berühmten Namens, erhielt er auf seine Beschwerde einen ausweichenden Bescheid!

Der 30. Juni — ein religiöses Ereignis.

Gegen all diese Schwäche und Nachgiebigkeit wendet sich Kirchmann. Er verlangt von den deutschen Bischöfen, daß sie dem Beispiel des heiligen Ambrosius folgen mögen:

Die Krise vom 30. Juni ist nicht nur ein politischer Zwischenfall, sondern ein moralisches und damit auch religiöses Ereignis. Das Volk ahnt es und weiß es. Aber es kann nicht sein Ahnen und Wissen aussprechen.

Schnellich wartet es auf eine Stimme, die ruhig und fest die einfache Wahrheit schonungslos, aber unpolitisch sagt.

Eine Stimme, die sagt, daß Mord Mord bleibt und daß der Staat nicht alles darf, was er kann.

Eine Stimme, die daran erinnert, daß das Bekenntnis zum positiven Christentum, wenn es ernst gemeint ist, nicht nur propagandistischen Zielen und der Rechtfertigung der bestehenden Ordnung dienen darf, sondern Verpflichtungen und Bindungen auferlegt.

Eine Stimme, die es wagt, den Mann, der kühn genug ist, sich als den höchsten Gerichtshof der Nation zu bezeichnen, genau so für das vergossene Blut zur Rechenschaft zu ziehen,

wie der heilige Ambrosius Theodosius den Großen.

Es gibt eine Zeit, in der die noch so kluge Taktik zur Katastrophe und die scheinbar noch so weise Vorsicht zur Selbstvernichtung wird. Der 30. Juni bedeutet die öffentliche Anmeldung des Anspruches darauf, daß alle Moral die tatsächliche Macht zu rechtfertigen hat.

Wer die Möglichkeit hat, einen Erschießungsbefehl durchzuführen zu lassen, hat Recht!

Wenn eine Autorität, die kraft ihrer Sendung und Geschichte noch sprechen kann, zu den Vorgängen vom 30. Juni schweigt, so darf sie sich nicht wundern, daß ihr äußeres Schicksal vom 30. Juni trotz aller taktischen innern Proteste mitbestimmt werden wird. Eine geistliche Autorität hat zwar keine Exekutionskommandos mit Panzerwagen und Maschinengewehren. Aber sie hat ihr unzerstörbares Recht in der Unbedingtheit ihrer Begründung.

Der Papst ist der Stellvertreter Jesu Christi. Die Bischöfe sind die Nachfolger der Apostel. Die Grundlage ihres Amtes ist nicht ein irdisches Machtstreben. »Mein Reich ist nicht von dieser Welt«. Gerade dieses Wort Jesu Christi zwingt sie, Stellung zu nehmen, wenn die Welt vergißt, daß nicht sie das Reich Gottes ist und daß es keinen Menschen gibt, der es wagen darf, alle Entscheidung über Recht und Unrecht, über Leben und Tod auf die angebliche Absolutheit seiner politischen Sendung zu gründen.

So schließt Stefan Kirchmann, ein Mann der Kirche und — ein Christ!

## „Soziologische Untersuchung“

Alfred Ingomar Bernt war einer von den vielen Redakteuren des WTB, bis die Gleichschaltung seinen Wert erkannte und ihn zum Dienstleiter des Deutschen Nachrichtenbureaus machte. Solchermaßen prominent geworden, ergriff auch er das Wort, um die Volksabstimmung vom 19. August als einen beispiellosen Sieg der Naziregierung auszumünzen. Zur Instruktion der Journalisten hat man in Berlin außer der täglichen Pressekonferenz jetzt auch noch ein allwöchentlich erscheinendes Befehlsheft »Das Thema der Woche«. Dort hat Ingomar — wie der Rundfunk am Montag berichtete, das Abstimmungsergebnis »soziologisch untersucht«. Der gelehrte Mann kommt zu dem Schluß, Hitler habe mehr Stimmen erhalten als er und Hindenburg zusammen bei der Reichspräsidentenwahl im April 1932, also hätten nicht nur sämtliche damaligen Hindenburgwähler für Hitler gestimmt, sondern sogar der wesentliche Teil der kommunistischen Wähler habe sich nun vertrauensvoll dem Führer angeschlossen.

Woher dann aber die fünf Millionen Gegenstimmen gekommen sind, das erfuh man

aus der drahtlosen Wiedergabe dieser Untersuchung nicht. Logischerweise können diese fünf Millionen Opponenten, wenn Ingomar mit seiner Berechnung recht hat, nur von den damaligen Nichtwählern und von den inzwischen abstimmungsberechtigt gewordenen, heißt von den Jungwählern gekommen sein. Zu diesem Ergebnis wird man dem gelehrten Soziologen hiermit wohl herzlich gratulieren dürfen.

## Hindenburg flaggt Schwarz-rot-gold

Der Kattowitzer »Volkswille« berichtet: Anlässlich der Trauerfeier für Hindenburg wurde aus dem Hause Ecke Dorotheenstraße und Zahnstraße in Hindenburg die »schwarz-rot-goldene« Fahne gehißt. Diese unerwartete Beflaggung in den alten republikanischen Farben rief eine große Menge Menschen zusammen, wobei es gegen die Hitlerlei an spöttischen Bemerkungen nicht fehlte und man konnte manches frohe Gesicht über den gelungenen Streich bemerken. Die Nazis selbst aber verloren den Mut und verdrückten sich. Sie alarmierten dann die Polizei, die das frühere Reichssymbol entfernte. Die Nazis wagten nicht, vor der spottenden Menge die Fahne selbst zu entfernen.

# Steigende Devisennot

Schacht und das »alte System« — Wer sind die Schuldnermacher? — Hungerwinter droht!

Herr Schacht wettet öffentlich immer wieder gegen die Auslandsschulden, für die der Mann, der sich in zudringlichster Weise an führende Sozialdemokraten angelehnt hatte, so lange es ihm für seine Karriere nützlich erschien, jetzt das »Alte System« verantwortlich machen möchte. Der Schwindler verschweigt absichtlich, daß die deutsche Auslandsverschuldung nur zu einem verschwindenden Teil aus Schulden des Reiches und der anderen öffentlichen Körperschaften besteht, der weitaus größte Teil aber

Schulden der großkapitalistischen Unternehmungen und zum Teil der Landwirtschaft

sind, die er selbst aufs eifrigste befürwortet hat. Einer der leichtsinnigsten Schuldnermacher war Fritz Thyssen, sein jetziger Intimus und maßgebendster nationalsozialistischer »Wirtschaftsführer«, der den Stahlverein nicht nur von Anfang an übergründete, sondern auch überschuldete. Große Schuldnermacher waren Siemens, war die AEG, waren Hapag und Lloyd — man sieht, es sind wirklich lauter »Marxisten«, die nach Schacht die Verantwortung tragen.

Aber während Schacht öffentlich über die Auslandsverschuldung zetert, versuchen seine Agenten mit allen Mitteln, neue Rohstoffkredite in Amerika und England zu erlangen. Da aber bisher Amerikaner und Engländer noch nicht einzusehen vermögen, warum sie dem schlecht gewordenen Geld noch gutes nachwerfen sollen, ist Herr Schacht in seiner Verzweiflung auf die Idee verfallen, sozusagen

## Zwangsanleihen im Ausland

aufzunehmen. Denn um nichts anderes handelt es sich, wenn die Reichsbank sich weigert, für etwa eine Million englischer Pfund für 20 Millionen holländischer Gulden und für mehrere Millionen Schweizer und schwedischer Währung, die längst fällig geworden sind, die nötigen Devisen anzuweisen. Aber bei diesem Versuch ist der Bankrotteur wieder einmal hereingefallen. Die holländische Regierung hat den Winkelzügen der deutschen Unterhändler kurzerhand ein Ende bereitet und am 15. August ein Zwangsclearing gegen Deutschland angeordnet. Die holländischen Importeure werden von nun an ihre Zahlungen an die deutschen Lieferanten nicht mehr in Gulden nach Deutschland senden, sondern die Beträge bei der niederländischen Bank einzahlen. Diese wird daraus einmal die Forderungen der holländischen Exrorture bezahlen, und sodann den Ueberschuß mit den Schulden verrechnen, die die Deutschen bisher nicht abtragen konnten. Mit einem ähnlichen Vorgehen droht jetzt auch England, und es ist kein Zweifel, daß Herr Schacht sehr bald gezwungen sein wird, seine Zwangsanleihen zurückzuzahlen.

Das wird freilich keine leichte Sache werden. Denn die Devisenlage wird trotz oder vielleicht eben wegen der Eingriffe in den Außenhandel immer schwieriger.

## Die Bilanz des Außenhandels im Juli ist außerordentlich schlimm.

Die Einfuhr ist mit 363 Millionen RM. um 3 Prozent geringer als im Vormonat, die Ausfuhr bleibt mit 321 Millionen RM. um mehr als 5 Prozent hinter der des Vormonats zurück. Gegenüber dem Juli des Vorjahres beträgt der Rückgang sogar fast 17 Prozent. Im Juli ist somit ein neues Passivum von 42 Millionen entstanden, während im Vorjahre noch ein Aktivum von 25 Millionen zu verzeichnen war.

Bei der Einfuhr machen sich zum erstenmal die Wirkungen der verschiedenen Drosselungen bemerkbar. Denn während bisher die Einfuhr dieses Jahres in allen Monaten höher war als im Vorjahr, ist im Juli die Einfuhr etwa gleich der vorjährigen. Den stärksten Rückgang zeigt die Einfuhr von Wolle, die im Juli nur noch etwa ein Fünftel von dem Höchststand im April dieses Jahres erreichte. Weitere erhebliche Einfuhrrückgänge sind bei fast allen Metallen, sowie Häuten und Fellen eingetreten. Dem steht aber eine verhältnismäßig starke Zunahme der Lebensmittelfuhr gegenüber. Dieser Umstand ist um so bedenklicher, als infolge des schlechten Ernteausfalls in den nächsten Monaten ohnedies mit einer starken Vermehrung, insbesondere der Futtermittelfuhr, zu rechnen sein wird. Dieser

nicht zu verhindernde Einfuhrbedarf wird die Drosselungen an anderen Stellen weit aus übersteigen, so daß von der Einfuhrseite her eine Erleichterung der Devisenlage nicht zu erwarten ist.

Katastrophal gestaltet sich aber die Situation durch die fortschreitende Verminderung des Exports, von dem in Deutschland die Existenz von ungefähr 3½ Millionen Arbeitern unmittelbar abhängt. Am stärksten betroffen ist wiederum die Fertigwarenausfuhr, die mit 250 Millionen um 17 Millionen gegenüber dem Vormonat zurückgeblieben ist.

Die Juli-Ausfuhr stellt überhaupt den niedrigsten Betrag seit vielen Jahren dar,

ebenso wie der Gesamthandel einen Rekord des Tiefstandes erreicht hat. Das Passivum der Handelsbilanz ist in den ersten sieben Monaten bereits auf 258 Millionen gestiegen, wobei aber zu berücksich-

tigen ist, daß diese Zahl um etwa ein Viertel bis ein Drittel zu erhöhen ist, weil ja die deutschen Exporte nur zum Teil mit Devisen, zum andern aber mit Scrips und Sperrmark bezahlt werden.

Diese Zahlen bedürfen nun wirklich keiner ausführlichen Erörterung mehr. Hitler und Schacht mögen noch eine Zeit lang von der sicheren Ueberwindung aller Schwierigkeiten durch den nationalsozialistischen Willen fesseln, die Ziffern sprechen eine andere Sprache. Sie erzählen von der unvermeidlichen fortschreitenden Blutentziehung, die der Rohstoffmangel bedeutet. Sie sagen

einen harten Winter der Not und Entbehrung

voraus und Hunger, Arbeitslosigkeit und Mangel sind Rebellen, mit denen kein Propagandaministerium und keine Wirtschaftsdiktatur so leicht fertig werden.

Dr. Richard Kern.

## Steigende Dividende — sinkende Arbeitslöhne

Das Geheimnis der nationalsozialistischen »Arbeitschlachten« wird überraschender Weise in einem führenden Organ der Nazi-Prese enthüllt. Die »Deutsche Zeitung« schreibt in Nr. 176 vom 29. Juli:

„Es läßt sich nicht leugnen, daß die Rentabilität vieler Unternehmungen erhöht hat. Von den 93 deutschen Aktiengesellschaften — repräsentative Unternehmungen aus allen Wirtschaftszweigen mit Ausnahme von Geldinstituten, Schiffahrtsgesellschaften und staatlichen bzw. subventionierten Gesellschaften — haben im abgelaufenen Geschäftsjahr (1933 bzw. 1933/34) 81 mit Gewinn gearbeitet und nur 12 mit Verlust. Von den ersteren haben 31 ihren Gewinn benutzt, um die Verluste aus den Vorjahren abzudecken, um die gesetzlichen Rücklagen wieder aufzufüllen oder eine anderweitige Reserve zu schaffen. Die übrigen 50 Gesellschaften waren in der Lage, eine Dividende auszuschütten. Und zwar haben mehr als die Hälfte davon ihre Dividendenzahlungen erstmalig wieder aufgenommen bzw. erhöht. Nur drei sahen sich zu einer geringen Ermäßigung der Dividendenhöhe veranlaßt.“

Den steigenden Dividenden stellt das nationalsozialistische Organ die ungeheuer gesunkenen Arbeiterlöhne gegenüber:

„Ein männlicher Facharbeiter verdiente nach der amtlichen Statistik Ende 1929 103 Rpf. je Stunde, im April 1934 78 Rpf., ein männlicher Hilfsarbeiter hat heute 62 gegen 81 Rpf. Dieser Rückgang des Tariflohnes wird aber noch verschärft durch die Kürzung der Arbeitszeit, die teils von den Betrieben wegen Arbeitsmangel, teils von

den Arbeitern freiwillig zwecks Eingliederung neuer Arbeitsgenossen vorgenommen wurde. Um sich ein Bild von dem Umfange dieser Kürzungen zu machen, seien die Schätzungen angeführt, die das Institut für Konjunkturforschung über das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten angestellt hat. Danach sind die genannten Einkommen von 44,5 Milliarden Rm. im Jahre 1929 auf 25,7 Milliarden Rm. im Jahre 1932 zurückgegangen.“

Die zuletzt genannten Angaben müssen noch dahin ergänzt werden, daß das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und Beamten jetzt noch weit unter das Einkommen vom Jahre 1932 gesunken ist.

## Kein gerechter, aber ein verdienter Preis

Kürzlich las man in der gleichgeschalteten Presse:

„Ueber die Wirkung der Marktordnung für Zwiebeln im Hauptanbaugbiet bei Calbe a. d. Saale berichtete der Landesführer für Gartenbau der Provinz Sachsen auf einer in Naumburg abgehaltenen Tagung von Kreisgärtnerschaften. Im Anbaugbiet Calbe seien 1932 2,2 Millionen Zentner Zwiebeln geerntet worden. Sie hätten ohne Regelung je Zentner höchstens 70 bis 80 Pfg. Erlös gebracht. Durch die Zwangsbewirtschaftung aber sei der Preis auf 2,50 RM. festgesetzt worden, was einen gerechten und verdienten Preis bedeute.“

Die Verdreifachung der Preise der landwirtschaftlichen Erzeugnisse bei sinkenden Löhnen ist Sinn und Ziel der nationalsozialistischen Agrarpolitik, und diesem Ziele kommen sie immer näher.

## Die unblutige Revolution

### Berichte aus Schlesien

Aus Breslau wird uns berichtet, daß die dortige SA sich in ihrer übergroßen Mehrzahl gegen Heines und für Hitler erklärte. Das wird aus Nachstehendem aber erst recht verständlich. Das frühere Siechenhaus Elbingsstraße, das erst wenige Monate als SA-Kaserne eingerichtet war, wurde geräumt. 140 Maschinengewehre, 800 vollständige Ausrüstungen der Reichswehr sind dabei vorgefunden und weggeschafft worden. Die Besatzung der Kaserne mußte antreten, jeder 10. Mann wurde herausgezogen, die Leute sind seitdem verschwunden und bis heute ist über ihren Verbleib nichts festgestellt worden.

In der Nacht auf den 13. Juli wurden im Krematorium Breslau 7 Leichen und am 17. Juli nochmals 5 Leichen, die numeriert waren, verbrannt. Die Leichen wurden ohne Särge gebracht und auch so in den Ofen geschoben.

Der stellvertretende Polizeipräsident in Breslau, Engels, wurde ebenfalls bei der Aktion am 30. Juni erschossen.

In Görlitz wurde der frühere Lagerkommandant des Lechwitzers Lagers in den Kehlkopf geschossen. Der Täter ist unbekannt.

In Beuthen kam es bei der Besetzung der SA-Kaserne zu einem Kampf zwischen der SA und der Polizei. Die SA weigerte sich, die Polizei in das Gebäude einzulassen. Daraufhin stürmte die Polizei und warf Handgranaten in das Gebäude. Auf Seiten der SA gab es 3 Tote und mehrere Verletzte.

Der Brigadeführer Stefan in Beuthen wurde erschossen. Er hat Unterschlagungen in Höhe von 70.000 Mark begangen.

Der Sturmbannführer Ender aus Schweidnitz wurde in der SS-Kaserne, Sternstraße in Breslau, erschossen. Die Leiche hat man dann zurück nach Schweidnitz gebracht und sie vor der Stadt auf die Straße geworfen, um einen Unfall oder ein Verbrechen vorzutäuschen.

Am 30. Juni wurde im Gasthaus Nitsche in Breslau, Brinderstraße, ein Gast mißhandelt und erheblich verletzt, weil er sich über die Vorgänge des Tages mißliebig ausließ.

Am 7. Juli wurden im Johannsgarten in Breslau-Krietern Arbeiter durch Messerstiche verletzt. Das herbeigerufene Ueberfallkommando erschien, suchte die Gegend mit

Scheinwerfern ab, konnte die Täter aber nicht fassen.

Am 13. Juli wurde der frühere Gen. Paul Bunt, Tapezierer, Breslau, Sternstraße, in einem Lokal in der Matthiasstraße, als er bei der Hitler-Rede abfällige Bemerkungen machte, erschlagen.

In Hirschberg wurde der Bürgermeister Blümel abgesetzt und verhaftet. Der Grund ist nicht bekannt. Es wird erzählt, die Verhaftung sei erfolgt wegen der Erschießung von vier Juden. (Da wird er bestimmt sehr schnell wieder frei sein! Red. d. N. V.)

## Man spielt Mobilmadung

Eine Million nach Breslau.

Am Sonntag, dem 28. August, findet in Breslau ein Aufmarsch der Arbeitsfront statt. Die Devise lautet: »Eine Million Arbeitsfrontler aus Schlesien nach Breslau.« Mit welchen Mitteln die Arbeiter gezwungen werden, dafür folgende Beispiele:

Die Hellowatt-Werke (Radiogerätefabrik) in Schweidnitz beschäftigen zur Zeit etwa 700 Arbeiter und Angestellte. Ein Zirkular forderte die Belegschaft zur Reise nach Breslau auf, die Arbeiter hatten sich in Einzelzeichnungslisten einzutragen. In einem Arbeitsaal, in dem 80 Arbeiter sind, haben sich elf eingzeichnet. Entsprechend waren die Einzelzeichnungen im ganzen Betrieb. Daraufhin ging ein zweites Zirkular durch den Betrieb, in dem mitgeteilt wurde,

wer nicht mit nach Breslau geht, legt keinen Wert auf seine Arbeitsstelle.

Die Firma legt die Fahrtkosten aus und zieht sie dann am Lohn wieder ab. — Den Waldenburger Bergarbeitern werden die Fahrtkosten für Breslau jetzt schon im voraus vom Lohn einbehalten, ohne Rücksicht darauf, ob sie fahren oder nicht. Diese Maßnahme wurde angeordnet, nachdem bei einer Rundfrage wegen der Teilnahme sich nur ganz wenige freiwillig meldeten. Von einem Textilbetrieb wird gemeldet, daß die Arbeiter 3 Ueberstunden ohne Bezahlung leisten müssen, die Firma zahlt dann die Fahrtkosten.

Schließlich werden die Leute verladen und werden abtransportiert, ob sie wollen oder nicht. So spielt man »große Zeit« — und eines Tages kommt sie dann wirklich.

## Die Spigel

Ueber die Arbeit der Gestapo wird uns eine interessante Einzelheit berichtet:

In der Untergrundbahn, in der nur wenige Leute u. a. zwei Arbeiter in Transportarbeiterkleidung saßen, unterhielten sich zwei Männer. Der eine schimpfte über die hohen Kartoffelpreise. Beim Verlassen der Untergrundbahn wurden die beiden von den ihnen nachellenden Transportarbeitern angehalten und für verhaftet erklärt. Auf ihre Einwände hin gaben sich die beiden Leute als Beamte der Gestapo zu erkennen. Der Meckerer sitzt noch, der andere ist nach einigen Tagen entlassen worden.

## Preßgänge

Ueber die Art und Weise, wie man die Arbeiter zur »Landhilfe« preßt, wird folgender Vorfal berichtet:

In einem Arbeitsamt im Berliner Osten haben sich etwa 200 Leute geweigert, zur Landhilfe zu gehen. Sie erhielten Freikarten für das Rose-Theater. Als sie dort waren, wurden die Tore geschlossen und ihnen von der Bühne her erklärt, daß vor der Tür Lastkraftwagen stünden und sie eingeladen würden, sie zu besteigen. Sie hätten es selbst in der Hand, wohin diese Wagen fahren sollten. Es wären zwei Richtungen möglich: Konzentrationslager oder Landhilfe, sie hätten nur zu wählen.

Ein holländischer Staatsbürger befindet sich unter diesen 200, es gelang ihm durch Vermittlung des Konsulates freizukommen.

Ungenügende Beteiligung. Die Verwaltungssonderzüge der R.B.D.-Essen zu den Deutschen Kampfspiele in Nürnberg mußten wegen ungenügender Beteiligung ausfallen.

## Alliance Francaise

101, Bvd. Raspail, Paris (VIe)

Die praktische französische Sprachschule eröffnet für die Monate September und Oktober einen Vorbereitungskursus für die Universität und auch Klassen für Kaufleute, umfassend:

- 15 Stunden wöchentlich praktische Studien der französischen Sprache;
  - 30 Konferenzen im Monat;
  - 10 unterrichtende Spaziergänge im Monat in Paris und seiner Umgebung.
- Honorar: 150 Frs. für einen Monat, 275 Frs. für zwei Monate.

# Der Krieg des Pontius Pilatus

Ein Buch von Theodor Wolff

Erfreut findet man in diesem starken Buch, das von der Entstehung des Weltkrieges handelt und bei Oprecht und Helbling in Zürich erschienen ist, den berühmten Leitartikler des »Berliner Tageblatt« wieder. Glücklicherweise ist er ganz der alte geblieben. Man erkennt ihn in jeder Zeile, seine großen Vorzüge und seine kleinen Schwächen sind alle noch da! Selbstverständlich gibt er keine trockene Darstellung der Begebenheiten, jeden Winkel schmückt er mit Blumen aus den Gärten der Weltliteratur, aus Goethe und Schiller, Shakespeare und Byron, Maupassant und Kipling, Homer und Aeschylus. Einen besonderen Ehrenplatz hat er aber dem großen französischen Dichter Anatole France eingeräumt, denn die tiefe Weisheit seiner Erzählung vom Gastmahl des Pontius Pilatus hat ihn mächtig gepackt. War es nicht immer so, daß korrekte, intelligente und kultivierte Großwüdrträger, wie jener Pontius Pilatus einer war, das Verhängnis absichtslos herbeiführten oder untätig duldeten, weil sie die Bedeutung der heranbrausenden neuen Zeit nicht zu begreifen vermochten? Wie Faust, nachdem er den Hexentrank geschlürft, Helena in jedem Weibe sieht, so sieht Theodor Wolff, von Anatole Frances Zauber berührt, in jedem Staatsmann der letzten Vorkriegszeit einen Pontius Pilatus. Zum Schluß, da die Menschheit den Pasionweg des Weltkrieges antritt, stehen sie gleichsam in Reihen da und waschen ihre Hände in Unschuld.

Eine geistreiche Idee gewiß, würdig, einem Kunstwerk als Leitmotiv zu dienen; ein Kunstwerk ist das Buch auch geworden. Es ergibt sich aber, wie bei allen Werken, die im Grenzgebiet zwischen Politik und schöner Literatur gewachsen sind, die Frage, ob nicht die Materie des geschichtlichen Tatsachenberichts unter der Form, in die sie gezwungen wird, leidet. Selbstverständlich will Wolff diesen Schaden vermeiden, er will Geschichte schreiben; er hat nicht die Absicht, die Wahrheit der Form zuliebe auch nur im geringsten zu verbiegen. Die Aufgabe, die er sich damit gestellt hat, ist aber so schwer, daß auch einem Meister manches daran misslingen kann.

Vor allem wird man, auch nach Wolffs eigener Darstellung, der Wiener Diplomatie einen Sonderplatz anweisen müssen, einen Platz ganz vorne auf der Anklagebank. Sie hat nicht nur durch absichtliche Formulierung eines auch nach ihrer Ansicht unannehmbaren Ultimatums die Lunte ans Pulverfaß gelegt, sie hat auch mit Vorbedacht jeden Rettungsversuch vereitelt, in dem sie der Berliner Regierung die überraschend günstige Antwort Serbiens solange wie möglich vorenthielt. Trotz allen Bemühens, Schatten und Licht gleichmäßig zu verteilen, fällt auf die Position des alten Oesterreich kein einziger Lichtstrahl. Pontius Pilatus wäre für den Grafen Berchtold noch ein unverdienter Ehrenname.

Die Entwicklung der Dinge in Berlin hat Theodor Wolff aus nächster Nähe mit angesehen, sein Zeugnis über sie ist aber besonders wertvoll und wohl in allen Einzelheiten richtig. Schließlich gibt es ja auch kaum noch eine Meinungsverschiedenheit darüber, daß für Deutschlands Hineinschlittern in den Krieg die innere Unmöglichkeit seines Regierungssystems und die Unzulänglichkeit seiner führenden Persönlichkeiten entscheidend waren. Obwohl das Buch jede Anspielung an spätere Zeiten streng vermeidet, drängt sich der Vergleich zwischen damals und jetzt unwillkürlich auf. Es ist unmöglich, nicht an die heutigen Zustände zu denken, wenn man liest, was Bethmann Hollweg eines Tages während des Krieges zu Theodor Wolff sagte:

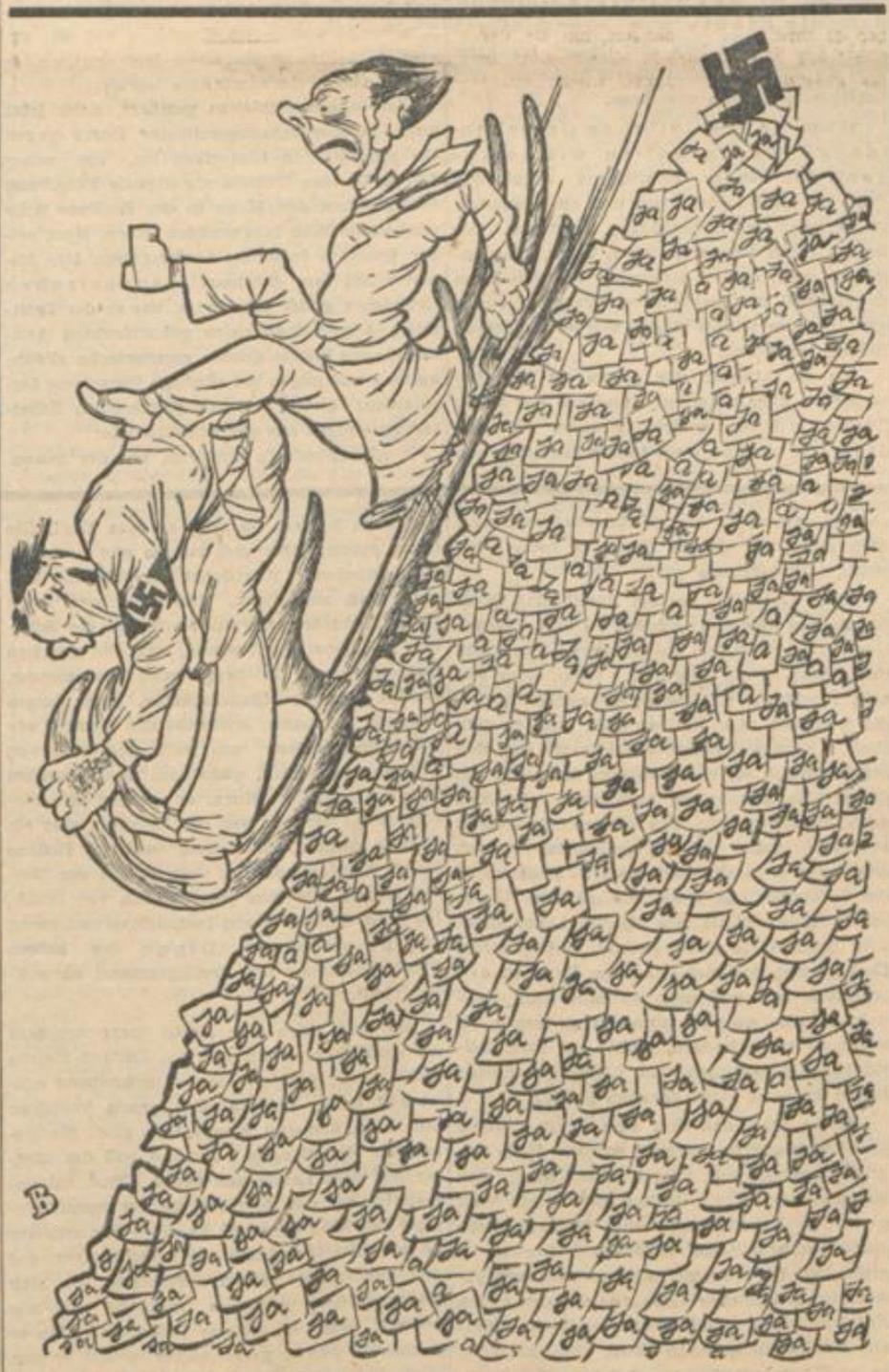
»Wir haben ja in unserer Inneren und in unserer äußeren Politik in der Lüge gelebt. Ein schreierischer, überforscher, renommtistischer, schwatzhafter Geist war in unser Volk gebracht worden. Es ist ja eine aufgeblasene, zitierte, schrie man auf einigen Bänken rechts: »Ja, ja!« Er antwortete unter dem stürmischen Beifall der Republikaner: »Wenn ich manchmal versucht sein könnte, meinen eigenen Wert und die Dienste, die ich in einem Leben voll Hingebung und Kampf meiner Partei und der Republik leisten konnte, an der Heftigkeit des Hasses zu messen, den ich der Reaktion einflöße, so würde ich ohne Zweifel in die Sünde des Hochmuts verfallen...« So hörte er, während sein Gesicht in der Leidenschaft des Zornes und der Menschenliebe sich rotglühend erhitzte, nicht auf, anzuklagen und seine Volksgenossen anzuflehen. Mit seinen breiten Schultern, mit seiner ganzen starken Gestalt und der in der Verzweiflung grandiosen Wucht seiner Kämpferatur stemmte er sich gegen die Tür, an der das Scheusal des Krieges rüttelte, und so stand er, in dieser Tragödie der unbeugsamste Verteidiger der Menschheitsideale, bis zuletzt.«

ein völliges Verkennen bei diesen Leuten, alle anderen Völker taugen nichts, nur wir.«

Mit der gleichen Gewissenhaftigkeit wie durch die Hofburg in Wien, das Königliche Schloß in Berlin, die Ministerien des Ballhausplatzes und der Wilhelmstraße geleitet uns Th. Wolff durch die entsprechenden Räume in Petersburg, Paris und London. Nikolaus, Poincaré, Grey und andere werden zum Gegenstand eindringlicher Seelenanalysen. Man wandelt fast ständig auf den sogenannten »Höhen der Menschheit« und erblickt nur selten durch einen Riß der Wolken die Welt, die tief unten liegt. Der Gedanke reizt: es könnte einmal ein Gegenstück zu diesem Buch geschrieben werden, ein Buch, in dem nur die Massenkräfte gezeigt werden, die damals um Krieg und Frieden rangten. Immerhin, manchmal läßt uns Th. Wolff auch in die Parlamente von London, Paris und Berlin blicken. Wir sind mit ihm in dem weinroten Sitzungssaal des Palais Bourbon:

»Einer jedenfalls war da, der sich nicht einschüchtern ließ, nicht die Klarheit des Blickes verlor, an den Zwang des Fatums nicht glaubte, immer wieder mit der Turmglocke die Schläfer weckte, immer wieder, zu denen oben und zu denen unten, seine Warnungen rief. Der abtrünnige Patriizer Caillaux mußte, den Prozeß der Gattin erwartend und vorbereitend, beiseitestehen, aber noch blieb Jaurès. Am 7. Juli 1914 stieg er zum letzten Male in der Deputiertenkammer die Stufen zur Rednertribüne hinauf. Er erklärte, warum er und seine Freunde die Kredite für die Reise des Präsidenten Poin-

caré nach Rußland ablehnten: »Für diese ferneren Entrevues, bei denen im Namen Frankreichs Verpflichtungen eingegangen werden, die es nicht kennt.« Genau ein Jahr vorher hatte er in der Kammer darauf hingewiesen, daß die Leute der nationalistisch-klerikalen Liga unablässig bemüht wären, zu seiner Ermordung aufzureizen, ihm mit der Rache der wahren Patrioten zu drohen. »In Ihren Zeitungen, in Ihren Artikeln«, sagte er den Parteien der »Renaissance« — deren weitestde Gestalten aus der andern Renaissance die Methoden der Borgia übernahmen —, »bei denen, die Sie unterstützen, gibt es gegen uns einen fortwährenden Aufruf zum Mord. Das Blatt »La Liberté« schreibt seelenruhig — o, Sie werden applaudieren, meine Herren! —, daß ich mich sicherlich gefreut habe, den Tod von sechzig französischen Soldaten in Marokko mitteilen zu können, denn nun wären der deutschen Armee sechzig Franzosen weniger entgegenzustellen. Nach Spalten voll Verleumdungen fügen Ihre Blätter, von mir und meinen Freunden sprechend, hinzu: Dieser Exekution wird sich am Tage der Mobilmachung eine andere, vollständige, hinzugesellen... Im Kampfe um die dreijährige Dienstzeit war Paul Adam von literarischer Höhe hinuntergestiegen und hatte die Gegner des Gesetzes »Bundesgenossen des Feindes« genannt. »Und Herr Paul Adame, sagte Jaurès, »setzt hinzu, daß all diese Männer am ersten Tage der Kriegserklärung fallen würden, von dem gerechten Zorn der Patrioten getroffen, denn sie hätten sich zu Komplizen der Invasion gemacht... Als Jaurès diese Aufforderungen zum Mord



»Josef, es geht bergab!«

zitierte, schrie man auf einigen Bänken rechts: »Ja, ja!« Er antwortete unter dem stürmischen Beifall der Republikaner: »Wenn ich manchmal versucht sein könnte, meinen eigenen Wert und die Dienste, die ich in einem Leben voll Hingebung und Kampf meiner Partei und der Republik leisten konnte, an der Heftigkeit des Hasses zu messen, den ich der Reaktion einflöße, so würde ich ohne Zweifel in die Sünde des Hochmuts verfallen...« So hörte er, während sein Gesicht in der Leidenschaft des Zornes und der Menschenliebe sich rotglühend erhitzte, nicht auf, anzuklagen und seine Volksgenossen anzuflehen. Mit seinen breiten Schultern, mit seiner ganzen starken Gestalt und der in der Verzweiflung grandiosen Wucht seiner Kämpferatur stemmte er sich gegen die Tür, an der das Scheusal des Krieges rüttelte, und so stand er, in dieser Tragödie der unbeugsamste Verteidiger der Menschheitsideale, bis zuletzt.«

Schon um dieser Zeilen willen hätte das Buch verdient, geschrieben zu werden! Es ist jedoch gewiß keine Herabsetzung seines Verfassers, wenn man von ihm sagt, er stehe dem mild ironisierenden, alles menschlich verstehenden Geist eines Anatole France näher als dem pathetischen Temperament eines Jean Jaurès. Dieses bewundert er gewissermaßen nur aus der Ferne, wie ja auch Anatole France zu den Freunden und Bewunderern des großen Sozialisten gehört hat:

Jaurès fiel auf Vorposten, das Geschoß eines Idioten zerschmetterte sein kostbares Gehirn.

Meuchelmörder machen Geschichte — heute noch!

Theodor Wolff läßt in einem resignierten Schlußwort den Gedanken anklingen, daß alles Bemühen, die Menschen zu bessern und zu bekehren, vergeblich sei. Scheint ihm der Sieg der Vilains über die Jaurès endgültig? Welchen Zweck hätte es dann noch, Bücher zu schreiben, wie das seine eins ist! Oder dürfen wir in seiner Resignation die pädagogische Absicht vermuten, Widerspruch herauszufordern? Jaurès war nicht nur ein Träger höchster Kultur, sondern auch ihr unermüdlicher Kämpfer. Lebte er noch, so wäre sein Wort nicht Harfenklang, sondern Schwertschlag. Und Theodor Wolff — gibt es für ihn nur noch eine Vergangenheit, der er versonnen nachblickt, nicht auch eine Zukunft, für die er kämpft?

Friedrich Stampfer.

## Barlachs Schicksal

Barlachs Magdeburger Gefallenendenkmal wird nunmehr aus dem Magdeburger Dom entfernt und dem Berliner Nationalmuseum überwiesen. Dem völkischen Mob war das Denkmal zu menschlich, zu friedensfreundlich. In der Demokratie liefen sie gegen das Kunstwerk vergeblich Sturm, jetzt haben sie gesiegt. Aber vorher wurde Barlachs Name noch schnell für Hitlers »Volksabstimmung« auf der Künstlerliste mit geschändet... Die pazifistischen, sozialistischen Dramen des Achtundsechzigjährigen dürfen nicht aufgeführt werden, seine Plastiken verstauben in Museen, aber ganz ohne Namen und Können, nur mit den Johnst kann das Dritte Reich nun mal nicht auskommen, darum wird der Mann der »Asphaltkunst« geduldet. Er und die Hitlerer haben sich zu einem Kompromiß gefunden, das für beide Teile reichlich peinlich bleibt. Dafür kann sich Barlach mit dem Bewußtsein trösten, daß demnächst bei Minden das Schlageterdenkmal eines Stümpers eingeweiht wird. Wenn menschliche Totenmänner verschwinden müssen, so sollen dafür wenigstens Standbilder von Kameraden-Verrätern und Zuhältern erstehen.

Das nennt sich Volksbühne! Aus der Berliner Presse: »Die Volksbühne lud an allen Säulen für ihr Abonnement ein. Das Plakat war musterhaft für das Führerprinzip: es nannte nur den neuen Führer der Volksbühne, den Intendanten Graf Solms, während kein einziger Schauspieler auf den Plakaten in die Erscheinung trat.«

# Diktaturen des Altertums

## Der Tyrann Lysander

Im Wechsel der Geschichte der griechischen Stadtstaaten spielt der spartanische Staatsmann Lysander eine Rolle, über die der Biograph Plutarch, gestorben ca. 120 n. Chr., in seinen »Lebensbeschreibungen« eingehend berichtet. Es sind seit Lysander fast 2400 Jahre vergangen. Sehen wir zu, wie weit sich inzwischen die Welt geändert hat. Wir zitieren Plutarch fast wörtlich.

Lysander war von Natur gegen die Großen und Mächtigen geschmeidiger, als sich von einem Spartaner erwarten ließ und wußte, wo es sein Vorteil mit sich brachte, ihren drückenden Stolz leicht zu ertragen. Ehrgeiz und Streitsucht klebten ihm sein ganzes Leben lang an. Zwar nicht in seinen früheren Jahren, aber im Alter hatte er einen Hang zur Melancholie.

In seiner Gegnerschaft gegen die Demokratie ließ Lysander aus den Städten diejenigen Männer zu sich nach Ephesus kommen, von denen er wußte, daß sie sich durch Herkunft und Gesinnung vom breiten Volke abhoben, und legte damit den ersten Grund zu jenen Umwälzungen, die nachher fast im ganzen griechischen Kulturkreis unter seinem Einfluß zum Sturz der Demokratie und zur Errichtung von Diktaturen führten. Diese Männer ermunterte er, mit einander in enge Verbindung zu treten und ihr Augenmerk auf die öffentlichen Geschäfte zu richten. Seine bisherigen Freunde brauchte er zu den wichtigsten Geschäften, erhob sie zu Ehrenstellen und Aemtern bei der Armee und nahm sogar, um sie emporzubringen, an ihren Ungerechtigkeiten und Verbrechen teil, so daß sie alle fest an ihm hingen, ihm willig dienten und innig zugetan waren in der sicheren Hoffnung, alle ihre Wünsche, wie groß sie auch wären, erfüllt zu sehen, wenn er der Führer blieb.

In allen Städten freuten sich bei seiner Ankunft die Volksfeinde. Denn sie hofften, daß sie zur Macht gelangen würden, wenn Lysander die demokratische Verfassung gänzlich abschaffen würde. Das Volk aber, das an Staatsmännern ein aufrichtiges und edles Betragen schätzte, hielt den Lysander nur für einen abgefeimten Sophisten, der die meisten Kriegsunternehmungen durch Ränke und Betrügereien zum Erfolg führte und die Gerechtigkeit nur insofern pries, als sie seinen Vorteil förderte. Lysander betrachtete nur das Nützliche als gut und schön und glaube, daß die Wahrheit nicht ihrer Natur nach besser wäre als die Lüge, sondern der Wert beider nach dem jeweils aus ihnen fließenden Vorteil bestimmt werden müßte...

Aus diesem Geiste heraus war auch sein Vorgehen gegen die Stadt Milet. Die dortigen Diktaturfreunde, denen Lysander versprochen hatte, bei der Aufhebung der Volksherrschaft behilflich zu sein, hatten sich im letzten

Augenblick mit dem Volke verständigt. Lysander stellte sich vor der Öffentlichkeit so, als ob er die Aussöhnung billige, im Geheimen aber machte er ihnen die heftigsten Vorwürfe und hetzte sie auf, die Volkspartei anzugreifen. Als sie daraufhin tatsächlich zu den Waffen griffen, ermahnte Lysander sogar das Volk, guten Mutes zu sein und nichts Uebles zu befürchten, da er ja zugegen sei. Diese betrügerische Rosse spielte er in der Absicht, die Häupter und eifrigsten Anhänger der Volkspartei zu täuschen, damit sie nicht entfliehen, sondern in der Stadt bleiben und hingerichtet werden können. So geschah es auch, alle die seinen Versicherungen getraut hatten, wurden ermordet... Es waren achthundert an der Zahl.

Ein Ausspruch Lysanders wird berichtet, der von seiner Mißachtung der Heiligkeit des Eides zeugt: Kinder müsse man mit Würfeln, Männer aber mit Eidschwüren betrügen.

Überall hob Lysander die Volksvertretungen auf und ließ in jeder Stadt einen Statthalter und zehn Magistratspersonen zurück, die aus den von ihm in den Städten errichteten politischen Gesellschaften genommen wurden. So verfuhr er ohne Unterschied in den feindlichen wie auch in den verbündeten Städten und sicherte sich damit die Herrschaft über ganz Griechenland. Bei der Wahl der Magistratspersonen, die den Statthaltern beigeordnet waren, sah er weder auf Reichtum noch Stand, doch mußten sie zu seinen vertrauten Anhängern gehören. Ihnen erteilte er das Recht zu belohnen und zu bestrafen, half ihnen, ihre Gegner vertreiben und wohnte oft selbst den Hinrichtungen bei. Nirgends überließ er dem Volke die freie Wahl seiner Einrichtungen. Überall wurden viele umgebracht oder des Landes verwiesen.

So gelangte Lysander zu einer Macht und zu einem Ansehen wie noch kein Grieche vor ihm und trug dabei einen Hochmut und Stolz zur Schau, der sein Ansehen noch weit überstieg. Er war der erste Grieche, dem die Städte wie einem Gott Altäre erbauten und Opfer brachten. Ihm zu Ehren wurden zuerst Hymnen und Loblieder gesungen wie diese:

»Ihm, des preislichen Griechenlands Führer, wollen wir besingen! Die Samier beschlossen sogar, das Fest der Göttin Hera von nun an Lysandria zu nennen. Der Zithersänger Aristonos, der bereits sechs Preise errungen hatte, ging sogar so weit, daß er Lysander, um ihm seine Ergebenheit zu beweisen, versprach, er werde sich, wenn er wieder singen würde, für dessen Sklaven ausgeben.

Als die Athener sich gegen die Diktatur empörten, aber unterlagen und aus der Stadt flüchten mußten, ordnete Lysander an, daß die Flüchtlinge wo immer ergriffen und

ihm ausgeliefert werden müßten. Wer ihnen Gastfreundschaft gewährte, sollte als Feind angesehen werden. Dagegen beschlossen die Thebaner, daß den hilfsbedürftigen Athenern jedes Haus und jede Stadt in ihrem Gebiete offenstehen sollte und wer einem Flüchtling keine Hilfe leistete, sollte mit einer hohen Geldstrafe belegt werden. Wenn aber jemand Waffen nach Athen gegen die Tyrannenherrschaft führte, sollte es kein Thebaner sehen oder hören. Daraufhin zog Lysander mit Heeresmacht gegen Theben.

Die Thebaner erwarteten ihn in aller Ruhe. Als er sich mit dem Vortrabe der Stadtmauer näherte, brachen sie unversehens zum Tor heraus, fielen über ihn her und töteten ihn. Kutusow.

## Germanischer Schinken

Darré flüchtet in die Vorzeit.

Zu dem mancherlei Krakehl, der sich hinter den Kulissen des geknebelten deutschen Geisteslebens abspielt, gehört der um die germanische Frühgeschichte. Die ernste Wissenschaft hat festgestellt, daß die alten Germanen vor der Berührung mit dem Christentum und dem römisch-griechischen Mittelmeerkreis im Zustand primitivster Barbarei dahin lebten. Das halten die Rassepatrioten um Wirth und Leers nicht aus, denn Christentum und Mittelmeerkultur waren doch stark verjudet und die ganze nationalsozialistische Rasselehre fliegt auf, wenn die ernste Forschung Recht hat. Also muß den namhaftesten deutschen Historikern eins fehlen, nämlich jenen »Intuition«, wie sie vom Dritten Reich gebraucht wird, jene geniale Eingebung, die ohne wissenschaftliche Skrupel aus den »hochwertigen Erbanlagen« der Germanen den Schluß zieht, daß sie lange vor Karls des Großen gemeiner Zwangs-Christianisierung eigene hochstehende Kultur besessen haben müssen. Wobei sich die Wirth und Leers auf ein bißchen gewiefte »Spatenforschung« und — im Ernst! — auf den angeblich Jahrtausende alten Ruf des westfälischen Schinkens berufen.

Auf diesen Schinken gestützt, zieht jetzt auch Reichsernährungsminister Darré gegen die pedantischen Historiker los, die schon Wirths famose Uriinda als liberale Fälschung entlarvt und den Mann in der Berliner Aula wissenschaftlich hingerichtet haben, statt seiner genialen Intuition nachzugeben. Der Minister mit dem durchaus französischen Erbnamen greift zur Feder, um in der Deutschen Allgemeinen einen geharnischten Artikel für die höchst dunkle germanische »Frühkultur« und gegen die zünftige Forschung loszulassen. Geben wir zur allgemeinen Erheiterung einiges aus der Schlußpartie:

»Jahrhunderte hindurch, vor der Bekehrung

der Sachsen, ist der Import westfälischer Schinken ein wesentlicher Posten der römischen Außenhandelsbilanz. Also darf man wohl annehmen, daß die Westfalen vor ihrer Bekehrung bereits so gute Schweinezüchter waren wie heute auch noch. Ueber eine Tatsache möge sich die deutsche Gelehrtenwelt aber eindeutig klar werden: Der mangelnde Mut der weitaus größten Mehrheit der deutschen Gelehrtenwelt, zu den Dingen der germanisch-deutschen Frühgeschichte ehrlich und ohne ängstliches Schielen nach Jesuitismus, Freimaurerei und Judentum Stellung zu nehmen, hat die Achtung der deutschen Jugend vor dieser Art Gelehrtentum weitestgehend erschüttert. Diese Achtung wird auch nicht wiederhergestellt durch unsachliche Husarenritte namhafter Gelehrter gegen die »blutigen Lalen« in Angelegenheit der germanischen Frühgeschichte.

Da haben wir; auch an der Verfälschung der teutonischen Urgeschichte sind Jesuiten, Freimaurer und Juden schuld!

Enttäuscht von den Historikern, verherrlicht Darré in seinem Schreiben die blutigen Lalen und Nichtfachleute; er bleibt damit sich und der braunen Staatsauffassung treu. Immerhin wäre es fürs Dritte Reich besser, wenn er sich mehr um Schinken kümmerte, denn es steht böse um ein leidendes Volk, dessen Ernährungsminister sich in die Vorzeit flüchtet, weil er von der Gegenwart auch nichts versteht. Br. Brandy.

## Der Hegehof

Hinauswurf wegen ungenügender Fruchtbarkeit.

Von führenden Rasseverrückten des Hakenkreuzes ist schon seit langem der »Hegehof« gefordert worden. Dort sollen Männer von besonders guter »deutscher Erbmasse« und dito Frauen zusammen gesperrt und zwecks Erzielung neugermanischen Nachwuchses aufeinander losgelassen werden. Die ganze Welt war über diese Zuchtidee teils entsetzt, teils erheitert — jetzt soll damit Ernst gemacht werden. Wie die gleichgeschaltete Presse berichtet, wird in Altenhof (Thüringen) eine Siedlung »Germanenhof« errichtet, in der neunzehn »erbgesunde und erbtüchtige Familien« Eigenheime erhalten sollen. Das »Deutsche Aerzteblatt« berichtet über diese Zuchtbude, ohne zu erröten:

»Die Bewerber und ihre Ehefrauen übernehmen die Verpflichtung, innerhalb von fünf Jahren ihren Familienstand um wenigstens zwei, innerhalb weiterer fünf Jahre um ein drittes und viertes Kind zu erhöhen. Gerechnet werden dabei nur Kinder, bei denen Erbgesundheit festgestellt wird. Bewerber, die diese Verpflichtung nicht erfüllen oder nicht erfüllen können,

müssen das Einfamilienhaus innerhalb einer Frist von drei Monaten wieder räumen.

## Des Alten Testament

Und als der Greis gestorben war,  
Da war der Erbe froh,  
Er legt die Mumie in den Sarg;  
Nach unten fiel das Stroh.

Er drückte ein gerollt Papier  
Ihr in die steifen Hände,  
Und rief die Nachbarn all zur Stell':  
»Seht hier: sein Testament!«

Herbeizitiert der Herr Notar  
Das Pergament entrollt,  
Da fand sich alles just bestimmt,  
Wie es der Erbe wollt'.

»Ich übermach' Dir Gut und Volk  
Und alle Ländereien.  
Ich heiße Dich mit Segenswunsch  
Nachfolger für mich sein.

Man folge in Gehorsam Dir  
Und leiste Dir den Eid.  
Beruhigt, weil Du übrig bleibst,  
Geh ich zur Ewigkeit.«

»Da!« sprach der Erbe, »schwarz auf weiß  
Steht fest, daß ich Regent.  
Weit vorzuzieh'n dem Alten ist  
Des Alten Testament...« Muck.

## Der Mächtigste

Oder: Emil weiß alles.

Von Max Baldauf.

Der mächtigste Mann meiner Heimatstadt  
Ist nicht der Bürgermeister, nicht der Polizei-

oberste und nicht der SS-Kommandant, sondern einer, für dessen Beruf es noch keine richtige Bezeichnung gibt.

Seine Laufbahn begann damit, daß Emil für andere Gesuche schrieb. Dann kamen Hochzeitscarmen und Jubiläumsgedichte hinzu und später Briefe aller Art. Wenn einer seinen Nachbarn Grobheiten schreiben wollte, die juristisch nicht faßbar sind, ging er zum Emil. Kamen Bauern vom Lande auf den Markt, ließen sie sich von ihm nicht nur die Steuerhinterziehungen aufstellen, sondern auch Drohungen an das Gemeindegremium abfassen. Seine große Spezialität jedoch wurde der deutsche Liebesbrief. Emil kennt die Volksseele und weiß, wie man die Worte setzen muß, damit der Adressat schluchzt oder jauchzt, je nach Bedarf und Wunsch. Es kam vor, daß sich einer den Brief an sie schreiben ließ und daß sie dann zum Emil kam, um die Antwort abfassen zu lassen. So lernte er beide kennen, wußte um ihre individuellen Eigenheiten und Wünsche. Solche Briefe konnten nicht daneben gehen.

Es ist klar, daß ihm vom Dritten Reich große Konjunktur beschert wurde. Neue Begriffe tauchten auf, Worte, unter denen sich niemand was rechtes denken konnte, ein Volk geriet in Verwirrung, die Muttersprache durfte nach Belieben malträtiert werden — große Zeit für Emilen! Alle vorhandenen gedruckten Briefsteller versagten vor den neuen Anforderungen. Emil studierte die Naziblätter, und wenn er auch nicht alles kapierete, so wußte er mit den hauptsächlichsten braunen Phrasen sehr bald einigermaßen umzugehen. Wenn der SA-Mann um Scharführers Grete wirbt und mit seinem Ariertum nicht

zu Fache kommt, so geht er zum Emil. Die Grete stutzt, fühlt sich von so viel nationalsozialistischem Wortdunst erschlagen und geht auch zum Emil. Der sieht sich seine Leute fachmännisch an, beschreibt die Schädel- und sonstigen Formen, setzt die arischen Rassemerkmale in bengalische Beleuchtung, dichtet herrliche Stammbäume, sagt einiges über die Erbmasse, schmeißt mit Worten wie »Blut und Boden« um sich und weiß von ostisch-dinarischem, gälischem und fälischem Typ zu munkeln. Kurz: er vermag mit alledem so zu wirbeln, daß der Briefschreiber als Mensch dasteht, mit dem sich im Dritten Reich Karriere machen läßt, soweit der Vorrat reicht. Da ihm jeder Kunde viel erzählen muß, erfährt er viel Intimitäten und kennt die privatesten Dinge der halben Stadt, zumal sie nur dreißigtausend Einwohner zählt.

So weit wäre sein Beruf mehr amüsant als gefährlich, wenn sich im Dritten Reich nicht nebenbei eine neue Art Schreiberei entwickelt hätte, für die es nirgends Vorbilder und noch keinerlei Konvention gibt: die getarnten Mitteilungen. Jemand will der Mutter auf dem Lande den neuen Trick zukommen lassen, mit dem sie die Zwangsablieferung der Eier umgehen kann — wie schreibt er da? Briefgeheimnis gibts nicht mehr, auf den Postämtern sitzen Schnüffler, die sich Fangprämien verdienen möchten — wie schreibt man da einem Bekannten, was er hamstern, was er zurückhalten, womit er sich eindecken soll?! Wie schreibt man's seinem Kinde, wenn Durchsuchungen, Denunziationen und Verwandtes drohen? Man geht zum Emil, obwohl der den Andrang kaum bewäl-

tigen kann. Er möchte einen Gehilfen einstellen, aber wo ist der Nachwuchs? Wo ist der vertrauenswürdige Kompagnon, der die Sprache soweit meistert, daß die verbotensten Dinge — und was ist nicht alles verboten! — vom einfachsten Gehirn verstanden werden?! Hier ragen plötzlich die neuen Klippen seines Berufes. Manches ist schon schief gegangen, weil die Tarnung nicht verstanden wurde. Eine neue Geheimsprache ist im Werden, aber es geht langsam mit ihr, wie mit allen Sprachbildungen. Auch der Gaunerjargon entstand in Jahrhunderten. Jetzt wird ein ganzes Volk durch Gauner nach Gaunerart regiert — ist es da ein Wunder, wenn es sich mit einer entsprechenden Sprache wehrt?

Emil hat bereits einige Routine, denn er horcht viel in SA-Kreisen umher, aber es ergeben sich immer wieder Fehlzündungen, und die Gefahren wachsen. Sein Schutz ist, daß er infolge seines Berufes die wichtigsten Geheimnisse der Stadt weiß. Er kennt die Blockwarte, jene Oberspitzen, die in ihrem Viertel aufpassen müssen, daß die Hauswarte auf alles aufpassen. Er weiß, welche Blockwarte von wem Bestechungen beziehen. Ihm ist bekannt, wieviele von ängstlichen Geschäftsleuten geschmiert werden und von welchen. Wenn er redet, fliegt die ganze NSDAP des Ortes auf! Man würde ihn gern umlegen, und bei der nächsten Pflastlade könnte er mit gefürchtet sein, aber man fürchtet seinen Nachlaß. Er hat den braunen Chargen wissen lassen, daß seine Memoren bereits in zwölf Durchschlägen und drei Uebersetzungen existieren und daß sie bei seinem Tode von anderer Seite automatisch

# Ende der Jurisprudenz

## Juristisches Studium durch Sport und Kniebeugen

Im Reichsgesetzblatt wird die neue Justizbildungsordnung veröffentlicht. Sie ist ein erschütterndes Dokument des wissenschaftlichen Verfalls in Deutschland. Ihr Wesen kennzeichnet sich darin, daß etwa die Hälfte der bisherigen juristischen Disziplinen aus dem Studienplan gestrichen wird, und zwar, wie die gleichgeschaltete Presse zugibt, mit Rücksicht auf die starke Beanspruchung der Studenten durch die „neuen Schulungsarbeiten“ d. h. Arbeitsdienst, sportliche Betätigung, Gemeinschaftserziehung im studentischen Kameradschaftsraum, Wehrsport usw.

Zählen wir einmal auf, was an bisherigen Pflichtfächern künftig nicht mehr im Examen geprüft, infolgedessen von 99 Prozent der Studierenden auch nicht mehr gelernt werden wird! Die gleichgeschaltete Presse selber spricht von einer „radikalen Streichung von Nebenfächern“. In Wahrheit sind sogar Hauptfächer von diesem Abbau des Studiums erfaßt.

In Fortfall gelangt zunächst die gesamte historische Rechtswissenschaft, bestehend aus den vier Fächern römisches Privatrecht, römische Rechtsgeschichte, deutsches Privatrecht und deutsche Rechtsgeschichte. Der Student erfährt also nichts mehr über die geschichtliche Entstehung und Herausbildung der heutigen Rechtsinstitute und Rechtsgrundsätze. Noch vor kurzem pflegte jeder Professor in seinem Kolleg zu betonen, daß ohne diese geschichtliche Kenntnis man nur Banause und oberflächlicher Praktiker auf dem Gebiete der Justiz werden könne.

Als weitere Fächer gelangen in Fortfall das Kirchenrecht und das Völkerrecht. Das Recht der Kirchen wird ohnehin im Dritten Reich zerstört. Daß aber die braunen Juristen auch kein Völkerrecht mehr lernen sollen, weist darauf hin, für wie absolut überflüssig und bedeutungslos Hitler und die Seinen dieses ganze Rechtsgebiet ansehen. Offenbar beabsichtigen sie nicht, sich praktisch auf diesem Gebiet zu betätigen.

Die Lehre des Strafprozesses soll künftig eingeschränkt werden auf „Grundzüge des gerichtlichen Verfahrensrechtes.“ Auch hier will man mangelnde wissenschaftliche Kenntnis durch oberflächliche praktische Routine ersetzen, was für Gerichtsschreiber, nie und nimmer aber für Richter genügt.

Schließlich sind auch noch sämtliche wirtschaftswissenschaftlichen Pflichtfächer dieser „Reform“ zum Opfer gefallen. Worauf man in der Studienordnung der Republik besonderen Wert gelegt hatte, daß nämlich der Jurist die praktischen wirtschaftlichen Auswirkungen von Gesetzen und Entscheidungen überblicken, also nicht als bloßer „Formaljurist“ wirtschaftlich unsinnige Entscheidungen treffen sollte, — das fällt jetzt wieder fort, weil Marschieren und Handgranatenwerfen keine Zeit mehr zu einer vertieften Ausbildung lassen.

Der künftige Richter wird auch als Person den Rechtszuständen des Dritten Reiches entsprechen: roh und primitiv...

Justinian.

Hat der Bewerber pünktlich die Miete entrichtet, so erwirbt er mit dem Vorhandensein von vier Kindern einen Anspruch auf die Uebertragung des Eigentums an dem von ihm bewohnten Einfamilienhaus.

Es gibt einen uralten Komödienstoff: die Geschichte von der Erbschaft, die demjenigen Erbberechtigten zufällt, der innerhalb einer bestimmten Frist ein Kind zeugt. Die alten Griechen haben schon bei Aristophanes über solche Schwänke gelacht, bei Maupassant mündet eine Novelle dieser Art in handfesten Dauerehebruch, aber die Erbmasse wird geteilt. Im Dritten Reiche werden die grotesksten Satiren zur rauhen, bürokratisch organisierten Praxis. Selbst die hitlerfromme »Rheinisch Westfälische Zeitung« empfindet

das Irrsinnige dieses »rassenbiologischen Experimente« und schreibt dagegen:

»Bedingungen zu stellen, deren Nichterfüllung eventuell schwere wirtschaftliche Folgen für die Betroffenen nach sich ziehen, ist bedenklich für die Ehe an sich. Die gemütsmäßigen Rückwirkungen einer solchen Maßnahme gar nicht gerechnet!«

Wo hat der Nationalsozialismus sich je um Gemütsdinge gesorgt? Ehen sind im Dritten Reich lediglich Brutapparate und dazu da, um Nachwuchs zu produzieren, der germanischer und vorteilhafter aussieht, als Hitler, Göbbels und Streicher. Und dagegen kann auch die »Rheinisch Westfälische« nichts sagen!

## Politische Testamente zu praktischem Gebrauch

Ein Historiker schreibt uns:

»Mein Reichskanzler Adolf Hitler« — in dieses feierliche Bekenntnis klingt das politische Testament des großen Feldmarschalls und Reichspräsidenten beschwörend aus, als wollte es Hitler als den einzig berufenen Nachfolger des Verewigten erscheinen lassen; »Mein Reichskanzler Adolf Hitler« — die Worte läßt Oskar von Hindenburg gelisterhaft mahnend vom Marschallturm des Tannenbergsdenkmals in die Welt tönen, um alle Deutschen zur Wahl Adolf Hitlers zum Reichsführer aufzufordern.

Kein Zweifel, die Schlusswendung des Hindenburgschen Vermächtnisses kommt dem Herrn der deutschen Nation trefflich zupassend und zum 19. August wunderbar zurecht, aber ich kann mir nicht helfen: just dieses prächtige Zusammentreffen weckt die Erinnerung an andere ebenso »nützliche« Testamente hervorragender Staatsmänner. Da wurde beispielsweise im Jahre 1812 die europäische Öffentlichkeit durch die Auffindung des Testamentes Peters des Großen überrascht, eines wahrhaft unheimlichen Dokumentes: es enthielt nämlich, mit welcher großen Raubtieraugen die Zaren auf Europa sahen und daß sie sich geradezu einen ausführlichen Plan zurechtgelegt hatten, um den Worten ihrer Knute untertan zu machen — und in den neunzig seit Peters Tode verflissenen Jahren waren sie tatsächlich ihrem Ziele Schritt um Schritt näher gekommen. Europa hatte allen Grund, sich klüglich vorzusehen, und Napoleon handelte bloß als Beauftragter und Schutzherr der westlichen Zivilisation gegen die östliche Barbarei, wenn er sein gewaltiges Heer gegen jenes lauernde Ungeheuer führte. So mußte man in Frankreich, so in Deutschland und Oesterreich vernünftigerweise denken; was man nicht wußte und was erst der belgische Gelehrte Berkholz im Jahre 1903 nachwies, war, daß — geschickte Fälscher das Testament des Zaren im Auftrag Napoleons frisch hergestellt hatten; der große Peter mußte also seine Stimme nur deshalb gelisterhaft mah-

nend »aus dem Marschallturm von Petersburg« erheben, um dem Kaiser Napoleon die moralische Legitimation für den russischen Feldzug zu verschaffen.

Noch einige Dezennien weiter zurück, im Jahre 1696, war das politische Testament des Herzogs Karl von Lothringen erschienen, jenes gewaltigen österreichischen Feldmarschalls, der Wien 1683 von der Türkenbelagerung befreit und auch sonst Unvergleichliches für den Kaiserstaat geleistet hatte. Gleichwohl brachte sein Vermächtnis den Habsburgern keinen Nutzen, vielmehr führten es alle Gegner des Erzhauses immer wieder an, wenn sie dessen Eroberungsgier und Herrschsucht nachweisen und sein Streben nach der katholischen Universalmonarchie dokumentarisch belegen wollten. Noch Friedrich II. von Preußen ging mit dem Lothringertestament eifrig krebsen und er konnte es getrost tun, denn das Schriftstück war in einer antihabsburgischen Staatskanzlei hieb- und stichfest hergestellt worden, der verewigte Marschall hatte mit ihm so wenig zu schaffen wie — wie — ja, wie jemand, der uns gerade im Augenblick nicht einfallen will.

Schließlich ist hier noch ein »echter« letzter Wille anzurohen, der doch mit dem Willen dessen, der ihn ordnungsgemäß unterschrieb, recht wenig zu schaffen hat, und das ist das Testament des »guten« Kaisers Franz von Oesterreich. Wohl hat es dieser zwei Tage vor seinem Tode, als er schon von Krankheit und Altersschwäche ganz benommen war, eigenhändig unterfertigt, aber von A bis Z durchdacht hat es schon längst vorher sein Kanzler Metternich und in die stilvolle »französische« Form gegossen dessen Sekretär Friedrich von Gentz. So kam es, daß der Monarch seinen schwachsinnigen Sohn Ferdinand endgültig zum Nachfolger einsetzte und diesem empfahl, ja alles beim alten zu lassen und sich völlig der bewährten Führung des Staatskanzlers anzuvertrauen. »Mein Kanzler Hit-«, Pardon »Metternich« tönte es also auch am

2. März 1853 vom »Kaiserturm der Wiener Hofburg« einem ergriffen lauschendem Volke ins Ohr, und in dreizehnjährigem allmählichen Anschwellen verstärkte sich dieser letzte Atemhauch eines Sterbenden zum machtvollen Märzsturm 1848.

Die drei Beispiele führen uns kurz und einprägsam vor Augen, was wir uns unter dem »letzten Willen« großer Männer vorzustellen haben und wie eigenmächtig die jeweiligen Interessenten mit den »Toten der Nation« verfahren: man läßt sie reden oder schweigen, ganz wie man es eben braucht, und legt ihnen unbedenklich Worte in den Mund, die sie in Wahrheit niemals gesprochen haben, oder nicht recht sprechen wollten. Daß auch Hitler, Papen, Göbbels und der neue Herr von Neudeck mit Hindenburg ähnlich umspringen könnten, wagen wir nicht zu denken, weil die Pietät und Treue dieser vorbildlichen deutschen Männer über jeden Zweifel erhaben ist — aber ein paar geschichtliche Reminiszenzen, die beileibe keine Parallelen sein sollen, darf man doch wohl auskramen?

## Wahrheiten aus Haß

Die Presse Mussolinis nennt heute die in Deutschland regierenden Verbrecher bei dem

richtigen Namen »Mörder! Pädern! Pädern!« Sie erinnert Hitler höhnend daran, daß sein Minister Göring jahrelang in der Irrenanstalt gesessen hat. Diese Entdeckung ist den Fronvögten der italienischen Presse nicht neu. Sie kennen das Faktum seit Jahren ebensogut wie Hitler. Sie haben trotzdem Göring gefeiert, haben ihm die Hand gedrückt, und in ihren servilen Organen widerliche Lobsprieche über den Geisteskranken veröffentlicht lassen. Wenn sie heute aus Haß die Wahrheit sagen, so geißeln sie damit zugleich ihre eigene Komplizität mit den nationalsozialistischen Verbrechern!

## Strauß' Sündenfall

»Der Intendant der Dresdner Staatstheater hat die neue Strauß-Oper »Die schweigsame Frau« zur Uraufführung angenommen. In Dresden herrscht große Empörung darüber, daß der Text dieser Oper von dem Rassejuden Stefan Zweig stammt. Der »Freiheitskampf« erinnert daran, daß Dr. Göbbels erst vor kurzem auf der Theaterwoche in Dresden ganz unmißverständlich ausführte, die deutsche Kunst habe in der Zukunft frei von allen rassefremden Einflüssen zu bleiben.«

»Deutsche Zeitung«.

an mehrere Prominente des In- und Auslandes verschickt werden!

Selbst dem bängt die ganze braune Bonzerie der Stadt um sein Leben und zittert, wenn er einmal krank ist.

## Zum Heulen!

Das Publikum will »pazifistische, internationale Stücke...«

Göbbels »Angriff« klagt in seiner Weise über den Niedergang des deutschen Theaters und fordert noch mehr staatliche Beaufsichtigung der Privattheater. Warum? Weil sie bringen, was das Publikum ergötzt, und das sind immer Stücke, die von Hitlers Barden nicht gedichtet wurden. Die Folge: »Das Amüsiertheater blüht neben dem schwer ringenden Kulturtheater...« Göbbels junger Mann wirft einen bekümmerten Blick auf den »Programmzettel von Berlin«. Nichts als alte Lustspiele von 1803 bis 1879, wozu auch der »artistische Snoblet« Oscar Wilde gehört — »sämtlich Lustspiele der blamierenden Art, nämlich Schwänke«. Und diese Schwänke

»kehren an den Privattheatern ununterbrochen wieder... Man strägte Harmlosigkeit in Form von Ulk und Klamauk wie ehemals Tendenz. Es ist zum Heulen!«

Göbbels Leiborgan gesteht also, daß die Theater der Demokratie immerhin Tendenz, also Gesinnung hatten und daß das Publikum heute lieber in die harmlosen Schwänke des vorigen Jahrhunderts rennt, als daß es den langweiligen Mist der großen und kleinen Johste über sich ergehen ließe.

Die weiße entschüpft der braunen Klagefeder eine weitere Wahrheit:

»Um das Risiko zu verringern, greift man den Plunder des vorigen Jahrhunderts auf, wie man vor kurzem noch pazifistische oder internationalistische Stücke aufgegriffen hat, weil sie Kasse wachten.«

Bisher wurde von den verkannten braunen Dilettanten immer behauptet, die »pazifistischen und internationalen« Stücke seien dem Publikum von »Theaterjuden« und jüdischen Verlagsgewaltigen geradezu diktatorisch aufgezwungen worden, jetzt gibt man in einer schwachen Stunde zu, daß diese Stücke aufgeführt wurden, »weil sie Kasse machten, daß sie also von einem breiten Publikum gefordert wurden und nach wie vor gewünscht werden, denn sie waren aus Gesinnungsfreiheit geborene Kunst.«

Dieses Resultat ist nach anderthalb Jahren Göbbelsscher Theaterdiktatur für die Nazis allerdings zum Heulen!

## »Es ist für Hindenburg«

»Auch wenn ein Großer heimgeht, gibt er den Kleinen noch Arbeit und Werk. Das Rüstzeug für den Heimgang des verewigten Reichspräsidenten von Hindenburg ist in Berlin geschaffen worden... Otto Webers Trauermagazin hatte den Auftrag erhalten, die Trauerausstattung für den Heimgang des Präsidenten fertigzustellen. Der Auftrag wurde mit gewohnter Berliner Präzision in Tag- und Nachtarbeit durchgeführt... »Es ist für Hindenburg!« sagten die Männer des Handwerks,

sagten die kleinen Näherinnen und gingen stiller und nachdenklicher als sonst an ihre Arbeit...«

So ein Berliner Zeitungs-Feuilleton. Aber eigentlich war es doch mehr für Otto Webers Trauermagazin, das sich für ähnliche Gelegenheit aufs beste empfiehlt.

## Die Infektionsgefahr

Von der Nazioorganisation »Kraft durch Freude« wurden dieser Tage eine Anzahl Nürnberger Mitglieder der »Deutschen Arbeitsfront« nach Saßnitz geschickt. Von Saßnitz wurde ein Schiffsausflug nach Dänemark unternommen. Das Resultat dieses Schrittes vom gleichgeschalteten Wege muß fürchterlich gewesen sein.

Der Transportführer der Gruppe hat jetzt durch öffentlichen Anschlag jede weitere Fahrt ins Ausland verboten.

## Champignons und Schnecken

Berliner Blätter melden:

»Die Feinschmecker können jubeln. Die Champignons sind in diesem Jahre in reichstem Maße aufgetreten. Die Ernte war noch nie so groß wie 1934.«

Die alte Geschichte: Warum schreien die Leute? Sie haben kein Brot! Ja, warum essen sie nicht Champignons?

Und warum nicht Schnecken? Eine fette Ueberschrift in einer Berliner Zeitung kündigt das große Neue an:

»Schneckenzucht — eine neue deutsche Erwerbsquelle!«

Ersatz für den Ausfall der Exportindustrie?

## »Deutschland,

## Deutschland...«

Das Geburtshaus des Dichters Hoffmann von Fallersleben ist in den Besitz einer Brauerei übergegangen. Es verlaudet, daß es später zu einer SS-Kaserne ausgebaut werden soll.

Ja, wie sang er doch selber?

Ganz Europa ist eine Kaserne!

Alles Dressur und Disziplin!

## Freude durch Kitsch

Die »Kamera«, Unter den Linden in Berlin, wird durch die NS-Volksgemeinschaft »Kraft durch Freude« neu eröffnet werden. Als erstes ist ein neudeutscher Film »Heimat im Meer« in Aussicht genommen.

Die »Kamera« nannte sich einst mit Recht das Theater des guten Films. Jetzt ist sie, von den Nazis gestohlen, auf die Freude durch Kitsch gekommen!

## Hojotoho, hejaha!

Die »Deutsche Allgemeine Zeitung« ist mit dem alten deutschen Schlachtruf »Hurra« nicht mehr zufrieden. Vielleicht hat sie einen Rassewebfehler an ihm entdeckt.

Jedenfalls empfiehlt sie in poetischer Form Wagnerische Kriegsgeräusche. Das klingt bei ihr dann so:

»Wie jämmerlich verhält das »Ra-Ra-Ra!« vor seinem »Hojotoho, hejaha!«

Mit diesem neuen Schlachtruf versehen, wird das Kannibalen-Regime bestimmt unbesiegt sein!

# Arbeitsdienst ist Zuchthaus

## Keine Rücksicht auf Unterernährung und Körperschwäche

Eines der stärksten Propagandamittel der Nationalsozialisten vor der Machtergreifung Hitlers war der Arbeitsdienst, der Millionen Arbeitslosen als ein Mittel angepriesen wurde, eine geeignete, angenehme und lohnende Arbeit durch den Staat zu erhalten, solange der Kapitalismus ihre Arbeitskraft nicht verwenden will. Diese allgemeine Arbeitsdienstpflicht ist zwar nicht eingeführt worden und wird nicht eingeführt werden. Aber es gibt Arbeitsdienstlager, in die die jungen Menschen unter 25 Jahren geschickt werden. Welche Zustände in diesen Lagern herrschen, das zeigt ein Dokument, das zwar vom Oktober 1933 stammt. Das mindert aber keineswegs seinen Wert herab, sondern erhöht ihn. Wenn die Arbeitsdienstlager bereits vor einem Jahre schlimmer als Zuchthäuser waren, wie müssen die Zustände in ihnen jetzt aussehen! Das Dokument hat folgenden Wortlaut:

Arbeitsdienst der NSDAP.  
Arbeitsgau Ostpreußen.

Königsberg, den 21. Okt. 1933.  
Adolf-Hitlerstraße 18.

Arbeitsdienstbefehl Nr. 115 an alle Lager durch die Gruppenführer!

Der Rücktransport von A. D. in das Reich hat zur Zeit unerträgliche Ausmaße angenommen. Es wurden A. D. zurückgeschickt, die entweder auf Grund ärztlicher Untersuchungen für untauglich befunden wurden, oder das 25. Lebensjahr überschritten hatten, oder sich irgend welcher Vergehen gegen die Lagerdisziplin zuschulden kommen ließen. Schließlich sind noch solche A. D. in ihre Heimat zurückgekehrt, die ihr Lager eigenmächtig verließen.

Zur Abstellung dieser Mängel wird folgendes angeordnet:

1. Aerztliche Gutachten dürfen für den Rücktransport von A. D. in ihre westdeutsche Heimat nur dann als Grund herangezogen werden, wenn diese Gutachten ein tatsächlich akutes Leiden zum Gegenstand haben, nicht aber ist Unterernährung oder lediglich körperliche Schwäche ein Grund, die betreffenden A. D's. aus dem Arbeitsdienst auszuschleiden. Jeder Lagerführer hat sich vor Augen zu halten, daß die A. D's. gerade aus den Hungergegenden der westdeutschen Industrien nach Ostpreußen kommen, um hier durch kräftige Nahrung und durch Arbeit in frischer Luft an Körper und Geist zu gesunden.
2. Der Befehl, daß A. D's., die das 25. Lebensjahr überschritten haben, in ihren Heimatsort zurückzuschicken sind, ist z. T. falsch verstanden. Es sind natürlich nur diejenigen A. D's. damit gemeint, die bereits vor ihrem Transport nach Ostpreußen das 25. Lebensjahr überschritten hatten. Vollendet ein A. D. während seiner Arbeitsdienstzeit sein 25. Lebensjahr, so läuft selbstverständlich seine Förderungsfrist bis zur beendeten 52. Woche weiter.
3. Soviel Kenntnis der Dinge hätte man bei jedem Lagerführer voraussetzen können.
3. Wegen Verstoßes gegen die Lagerdisziplin, Gehorsams- und Dienstverweigerung u. dgl. sind A. D's. aus dem Reich aus dem Lager nicht zu entlassen. Es gibt genügend andere Mittel im Arbeitsdienst, um die Disziplin herzustellen, und aufrechtzuerhalten. Wenn ein Lagerführer das nicht kann, beweist er damit, daß er selbst unfähig ist. In ganz schwerwiegenden Fällen ist durch den Kreisleiter für den Arbeitsdienst die Ueberführung in ein Konzentrationslager zu beantragen.
4. Wenn A. D. aus eigenem Antrieb und ohne Erlaubnis ihr Lager verlassen und in ihre

Heimat zurückkehren, so sind sie namentlich mit Angabe des Heimortes, aus dem sie überwiesen worden sind, der Zentralstelle in Königsberg zu melden, damit diese ihrerseits den entsprechenden Bericht an die Heimatbehörde weitergeben kann.

5. Wenn A. D. nur aus Unlust an der Arbeit oder aus anderen nichtigen Gründen in ihre Heimat zurück wollen, so ist ihnen die Erlaubnis hierzu zu verweigern. Es ist dabei auf die Tatsache hinzuweisen, daß sie sich freiwillig für den freiwilligen Arbeitsdienst gemeldet haben und mit dieser Meldung die Verpflichtung übernommen haben, die vorgeschriebene Zeit im Arbeitsdienst abzudienen. In vielen Fällen werden A. D's. dadurch zurückgehalten werden, daß ihnen die Auslage des Fahrgeldes verweigert wird. Wo der Transport unumgänglich ist, ist dieser durch den zuständigen Gruppenführer anzuordnen, vom Lagerführer ist ein Fahrpreismäßigungschein auszuhändigen. Der Fahrpreis ist zu 50 Prozent vom Lager zu verauslagen und wird durch die Zentralstelle in Königsberg bei dem zuständigen Heimatsarbeitsamt des A. D. eingefordert. Hierzu ist eine genaue Meldung der Lager notwendig, welche die Personalien des zurückbeförderten A. D., den Tag des Austrittes, die Höhe des Fahrpreises und den Heimatsort angibt.

Gez. Dr. Heil.

Man kann nach dem Wortlaut dieses Dokuments getrost annehmen, daß es keinen Arbeitslosen geben wird, der freiwillig in diese Lager geht. Selbst die Aussicht, ohne Unterstützung oder als Vagabund oder Bettler auf die Mildtätigkeit fremder Menschen angewiesen zu sein, ist nicht so schlimm wie der Aufenthalt in den Hitlerschen Arbeitsdienstlagern.

ten bei ihrer Aussage, die deutschen Richter sind unerbittlich, wenn es um das Schicksal armer, geplagter, harmloser Menschen geht. Und gar eine Frau, eine Ausländerin noch dazu, ist ihnen zum Abschlichten eben recht. Der Staatsanwalt beantragte einen Monat Gefängnis — das Gericht aber erkannte kaltblütig auf sechs Monate!

Diesen in Hitlerdeutschland alltäglichen Gerichtsfall konnte man auch in dem nationalsozialistischen »Westdeutschen Beobachter« dargestellt finden, der natürlich heftig gegen die Angeklagte Stellung nimmt. Etwas erstaunt werden aber die Leser die Aufmachung des Berichtes betrachtet haben. Als sie das Blatt zur Hand nahmen, lassen sie nämlich auf einmal eine Wahrheit. In diesem Bericht aber stand, über eine halbe Seite reichend, die Ueberschrift:

»Unter Sozialdemokraten ging's uns besser!«

## Gelehrige Jugend

Das Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend, »Wille und Macht«, brachte kürzlich eine »Zeitbetrachtung«, die von vielen nationalsozialistischen Blättern begeistert übernommen wurde. Darin hieß es:

Wenig schön finden wir die Gemischartigkeit des Kurfürstendammpublikums. Eine Reihe braune Uniformen, eine Reihe krumme Nasen — das ist wohl kaum die richtige Marschordnung. In den Lokalen das selbe Arrangement. Das Bindeglied zwischen beiden Reihen sind die »Mädchen des Kurfürstendamms«, eine ganz besondere Sorte, die ihr Geschäft mit einer gewissen Vornehmheit zu betreiben versteht.

Wir lieben diese »bunten Reihen« nicht und verurteilen diese falsch verstandene Friedenspolitik ebenso wie wir alle Moralprediger verachten. Aber auch hier am Kurfürstendamm Würde und Stil zeigen! Die braune Uniform, das Ehrenkleid des deutschen Arbeiters, paßt nun einmal nicht dahin! Außerdem erobert man den Kurfürstendamm nicht, indem man »bunte Reihen macht«. Da gibt es wirksamere Mittel, die anzuwenden uns bald ratsam dünkt.

Das könnte wie Pogromhetze klingen, nicht wahr? Daß doch die armen Nationalsozialisten immer so falsch verstanden werden, ob sich nun um Oesterreich oder um den Kurfürstendamm handelt! Wer denkt denn an Pogrome? Die Betrachtung schließt mit der friedlichen und schlichten Aufforderung:

»Also Zivilanzug und — auch dann noch etwas mehr Haltung!«

Wenn morgen auf dem Kurfürstendamm eine Rote schwer bewaffneter grüner Jungen wehrlose jüdische Bürger überfällt und mißhandelt — es wäre ja nicht das erste Mal! — dann ist nur »gerechter Volkszorn« ausgebrochen. Das amtliche Führerorgan der nationalsozialistischen Jugend kann nichts dafür, es hat nur geraten — »Zivilanzug!«

Die deutsche Regierung hat ja nach Wien auch nur die Munition und die Flugblätter geliefert — geschossen haben die andern. Die deutsche Regierung ist unschuldig an dem österreichischen Blutbad, die Hitlerjugendführung ist unschuldig an etwa bevorstehenden Pogromen. — Wie rasch die Jungen den Alten ihre feigen Schliche und ihre Gemeinheiten abgucken!

## Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Herausgeber: Ernst Sattler; verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn; Druck: »Graphia«; alle in Karlsbad; Zeitungstarif bew. m. P. D. ZL 159.334/VII-1933.

Der »Neue Vorwärts« kostet im Einzelverkauf innerhalb der CSR K 1.40 (für ein Quartal bei freier Zustellung K 18.—). Preis der Einzelnummer im Ausland K 2.— (K 24.— für das Quartal) oder deren Gegenwert in der Landeswährung; (die Bezugspreise für das Quartal stehen in Klammern): Argentinien Pes. 0.30 (3.60). Belgien Frs. 2.— (24.—). Bulgarien Lew 8.— (96.—). Danzig Gold 0.30 (3.60). Deutschland Mk. 0.25 (3.—). Estland E. Kr. 0.22 (2.64). Finnland Fmk. 4.— (48.—). Frankreich Frs. 1.50 (18.—). Großbritannien d. 4.— (Sh. 4.—). Holland Gld 0.15 (1.80). Italien Lit. 1.10 (13.20). Jugoslawien Din. 4.50 (54.—). Lettland Lat. 0.30 (3.60). Litauen Lit. 0.55 (6.60). Luxemburg B. Frs. 2.— (24.—). Norwegen Kr. 0.35 (4.20). Oesterreich Sch. 0.40 (4.80). Palästina P. Pi 0.018 (0.216). Polen Zloty 0.50 (6.—). Portugal Esc. 2.— (24.—). Rumänien Lei 10.— (120.—). Saargebiet F. Fr. 1.50 (18.—). Schweden Kr. 0.35 (4.20). Schweiz Frs. 0.30 (3.60). Spanien Pes. 0.70 (8.40). Ungarn Pengö 0.35 (4.20) USA 0.08 (0.96).

Einzahlungen können auf folgende Post-scheckkonten erfolgen: Tschechoslowakel: Zeitschrift »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Prag 46.149. Oesterreich: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Wien B-198.304. Polen: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Warschau 190.163. Schweiz: »Neuer Vorwärts« Karlsbad, Zürich Nr. VIII 14.697. Ungarn: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Karlsbad, Konto »Neuer Vorwärts« Budapest Nr. 2029. Jugoslawien: Anglo-Chechoslovakische und Prager Creditbank, Filiale Belgrad, Konto »Neuer Vorwärts«, Beograd Nr. 51.005. Genaue Bezeichnung der Konten ist erforderlich.

## Lied vom »Volksdienst«

In Leipzig und Umgebung wird die Pflichtarbeit seit Wochen umgewandelt in den »Volksdienst«. Der »Volksdienst« ist uniformiert und jeder, der dem »Volksdienst« eingegliedert wurde, muß 5 Stunden täglich arbeiten und 2 Stunden täglich Sport (militärische Übungen) über sich ergehen lassen. Zum »Volksdienst« muß jeder Unterstützungsempfänger, der hierzu aufgefordert wird. Die Dauer des »Volksdienstes« ist zeitlich nicht begrenzt.

In Leipzig zirkuliert folgendes Lied vom Volksdienst, das nach der Melodie des Wolgaliedes gesungen wird:

Kommt vom Amt ein weißer Zettel,  
Mahnet Dich an Deine Pflicht.  
Pflichtarbeit ist die Parole,  
Doch den Lohn erwähnt man nicht.

40 Stunden in der Woche,  
Ist das nicht der reinste Hohn?  
40 Stunden in der Woche,  
Mittagessen ist der Lohn.

General ist Doktor Ohlsen,  
Sitzt im Amt auf hohem Pferd.  
Er befiehlt; wer kritisiert,  
Unterstützung wird gesperrt!

Und zu Hause die Familie,  
Leidet Not und leidet Pein.  
Ein Stück Brot, ein Keeks, Margarine  
Soll uns »Kraft durch Freude« sein!

Willst Du meckern, kritikaestern,  
Ist ein Paragraph zur Hand.  
Der befiehlt; Du hast zu schweigen,  
In dem freien deutschen Land.

Und es geht ein leises Grollen  
Durch der Pflichtarbeiter Reihn,  
Soll denn um ein Mittagessen  
Unsre Not vergessen sein?

Doch wir lassen uns nicht werfen!  
Volksdienstler, das ist kein Ruhm!  
Und wir sprengen einst die Ketten,  
Die uns spannt ins Sklaventum.

Das Lied ist bestimmt kein Kunstwerk, aber ebenso gewiß ein echtes Produkt der Volkstimmung und ein Dokument der Zeit.

## Das Ende der Arbeitsfront

Völlige Unterwerfung unter die Parteioorganisation.

Unsere Darlegungen über das Ende jeder Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit der

sogenannten Deutschen Arbeitsfront werden jetzt durch die folgende Verfügung des Stellvertreters des Führers ganz eindeutig bestätigt.

»Das Grundlegende an dem neuen Organisationsplan der Deutschen Arbeitsfront ist die Tatsache der allereinsten Angliederung an die nationalsozialistische Bewegung. Hiermit wird nicht nur die sich als so außerordentlich lebensfähig erwiesene Organisation der Partei auf die Arbeitsfront übernommen, sondern es finden auch die Millionen schaffender Menschen, denen jetzt die nationalsozialistische Bewegung die Erfüllung ihres revolutionären Hoffens geworden ist, ihre Heimat.

Durch die neue Verfügung des Stellvertreters des Führers, die wir nachstehend veröffentlichen, findet diese Einheit von Partei und Arbeitsfront ihre letzte Bekräftigung:

Die Deutsche Einheitsfront ist durch einen revolutionären Akt der Partei geschaffen worden. Mit der Führung ist der Stabsleiter der PO, Dr. Robert Ley beauftragt.

Laut Dienstbuch der Deutschen Arbeitsfront sind alle Aemter der Deutschen Arbeitsfront Abteilungen der entsprechenden Aemter der PO: z. B. ist das Organisationsamt der DAF eine Abteilung des Organisationsamtes der PO, das Personalamt eine Abteilung des Personalamtes der PO usw.

Auf Wunsch des Stabsleiters der PO Dr. Ley, genehmige ich, daß auch das Schatzamt der DAF der Aufsicht des Reichsschatzmeisters unterstellt wird. Ausführungsbestimmungen erläßt der Reichsschatzmeister mit dem Führer der DAF, Rudolf Heß.

Nach diesem Befehl des Parteibonzen Heß kann wohl kein Zweifel mehr bestehen, daß die sämtlichen Aemter der Arbeitsfront nur noch Unterabteilungen der Nazi-Partei sind und vor allem auch die gesamte Personalpolitik in die Entscheidung der Parteinstanzen gelegt ist. Um sein fettes Pöschchen zu retten, hat der Verräter Ley auch noch den unfreiwilligen »Wunsch« geäußert, daß die Kasse der Arbeitsfront dem Parteikassierer unterstellt wird. Damit sind die den Gewerkschaften im Mai 1933 geraubten Millionen Vermögen jeder Verfügung der Arbeitsfront entzogen. Dieser letzte Teil der Verfügung bedeutet auch die restlose Ueberführung der gesamten Bestände der Arbeiterbank in die blutigen Hände der Hitler-Partei. Die »Einheit von Partei und Arbeitsfront« bedeutet also praktisch Massendiebstahl der Arbeitergroschen zugunsten einer Partei, die mit diesem Geld die Geschäfte der Großkapitalisten besorgt.

## Landarbeiter laufen davon

Die »Fränkische Tageszeitung«, Nürnberg, gibt eine Ansprache wieder, die Landesbauernführer Struwe auf dem Schleswig-Holsteinischen Landarbeitertag gehalten hat. Struwe behauptete u. a.:

»Das Landarbeiterproblem ist viel, viel tiefer, als daß es nur durch einen Tarif gelöst werden kann. Dem Landarbeiter, der sich aber als Knecht fühlt, können auch wir die Freiheit nicht bringen.«

Auf der gleichen Seite der »Fränkischen Tagespost«, auf der diese goldenen Worte verzeichnet sind, wird gegen »vertragsbrüchige Landarbeiter« wie folgt losgewettert:

»In letzter Zeit mehren sich die Fälle, wo Ehehalten ohne triftige Gründe und ohne Kündigung vor der Zeit ihre Arbeitsplätze plötzlich verlassen und den Bauern dadurch, noch dazu gerade jetzt vor der Ernte, in große Notlage bringen. Hierdurch wird die sichere Einbringung der Ernte in Gefahr gestellt und damit nicht nur dem Bauern, sondern insbesondere auch dem ganzen deutschen Volke unermeßlicher Schaden zugefügt. Es ist geradezu verbrecherisch, wenn hier verantwortungslos Ehehalten, unter Vorstellen eigennützigen Bestrebungen, den Gemeinschaftsgedanken zerstören. Vertragsbruch ist Wortbruch! Wer sein Wort bricht, ist ehrlos! Ehrlose aber sind aus der Volksgemeinschaft auszustoßen!«

Die Landarbeiter scheinen ganz sichtlich der Meinung zu sein, daß ein Tarif besser ist als das tiefste Problem. Da nun Landarbeitertarife im Dritten Reich teils nicht vorhanden sind, teils nicht eingehalten werden, fühlen sie sich trotz aller schönen Redensarten als »Knechte«. Diese ehrlosen Gesellen — ein ganzer Teil von ihnen sind Zwangsarbeiter — weigern sich, ohne oder fast ohne Lohn zu arbeiten. Wir müssen dem Struwe und der »Fränkischen Tagespost« recht geben: da hört sich wirklich die Volksgemeinschaft auf!

## »Unter Sozialdemokraten ging's uns besser!«

In Köln ist folgendes geschehen: Vor Gericht hatte sich eine Angeklagte zu verantworten, eine arme, aus Polen zugewanderte Frau, der deutschen Sprache kaum mächtig. Sie war von ihren Nachbarn denunziert worden — keine Seltenheit im Lande der schleichenden Angeber —, sie sollte angeblich geäußert haben, »unter den Sozialdemokraten sei es uns besser ergangen«. Sie leugnete alles, beteuerte ihre Unschuld, bot ein Bild erschrockener Hilflosigkeit, weil sie wegen ihrer mangelnden Sprachkenntnis der Verhandlung kaum folgen konnte. Die lieben Nachbarn beharr-